

Erstmalig ist
 bekannt, mit welchem
 der Staat- und Steuer-
 *
Abonnementpreis
 monatlich 90 Pf.
 vierteljährlich 1.60 Mk.
 halbjährlich 3.00 Mk.
 jährlich 5.50 Mk.
 Durch die Post bezogen
 1.60 Mk. inkl. Postgebühren.
 *
Die neue Welt
 (Werbungsbeilage)
 durch die Post nicht be-
 zogen, kostet monatlich 10 Pf.
 vierteljährlich 30 Pf.
 *
 Telephon Nr. 1047.
 Telegramm-Adresse:
 Weltblatt Halle/Saale.

Werkstatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld,
 Naumburg-Weißenfels-Beitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Saengerhausen-Eckartsberga
 und die Mansfelder Kreise.
 Expedition: Harz 42/43. Redaktion: Harz 42/43.

Insertionsgebühr
 beträgt für die 6 gespaltene
 Zeilen über deren Raum
 50 Pfennig.
 Im rekursierten Falle
 kostet die Zeile 75 Pfennig.
 *
Insertate
 für die halbe Summe
 werden jenseits des ver-
 mittlungs halbe 10 Alben der
 Kapitalien aufgeben
 (ist).
 *
 Abgezogen in die
 Postgebühren.

Der Freisinn und die Biersteuer.

Die Konservativen wehren sich gegen den freisinnigen Schwindel!

Die leidenschaftlichen Kämpfe, die die Bierkonsumenten gegen die Verteuerung des Bieres führten, lassen es dem Freisinn im Wahlkampf geraten erscheinen, seine verätherische Laktulose bei der Biersteuerberatung zu verleugnen. Deshalb sei hier einmal altentwägung festgestellt, daß der Freisinn als daran setze, die Interessen des Brauereikapitals zu schonen, dafür aber alles tat, um die ganze Last der neuen Biersteuer auf die Bierkonsumenten abzuwälzen!

Hundert Millionen Mark von Bier mehr als je zuvor. Darüber bestand bei den gesamten bürgerlichen Parteien von vornherein Übereinstimmung, daß gegen diese Steuer am wenigsten stichhaltige Einwände erhoben werden könnten. Das Verlangen der Regierung war für die wirtschaftlichste Partei im Bund, für den Freisinn, einfach Weisheit. Mit liebevollem Eifer haben die Wiener und Badnische an dieser Steuer mitgearbeitet. Für sie drehte es sich darum, der Regierung die geforderten 100 Millionen Mark zu schaffen, gleichzeitig aber das Gesetz so zu gestalten, daß die Steuer auf das Publikum glatt abzuwälzen sei. Die Steuer ist formal von den Brauereien zu entrichten, die sie aber auf den Verbraucher drücken sollten. Man hat dabei aber eine Kleinigkeit übersehen, nämlich die, daß man die Massen nicht zwingen kann, sich diese Abwälzung ruhig gefallen zu lassen. Wenn sich die Massen allerorts dagegen auflehnen haben, zum Teil mit vollem Erfolg, so ist das mit Freuden zu begrüßen. Damit wird der Regierung und den bürgerlichen Parteien bewiesen, daß es damit noch lange nicht getan ist, wenn man in der Begründung eines Steuergesetzes sagt, die Steuer soll abgewälzt werden. Und das ist gut so. Sollten sich die Massen diese Schädigung ruhig gefallen lassen, hätten Regierung und bürgerliche Parteien darin einen Anreiz gefunden, auf dem Wege dieser Steuerpolitik noch weiter vorzuschieben. Der Widerstand der Massen hat ihnen hoffentlich gezeigt, daß das Abwälzen der Steuer keineswegs eine so einfache Sache ist und wird sie veranlassen, künftig vorsichtiger zu sein. Wenn durch die aus der Biersteuer resultierenden Kämpfe und die dauernde Verminderung des Konsums Epistologien vernichtet werden, so ist das nicht die Schuld der Massen, die es ablehnen, diese Belastung zu übernehmen, es ist dies die Schuld derer, die diese Steuern mit schafften halfen und zu ihnen gehört in erster Linie der Freisinn.

So wenig wie auch die Konsumenten, genau so wenig hat der Freisinn Mühe gehabt, sich an die Lage der Gastwirtschaft. Das ganze Verhalten des Freisinn war nur darauf berechnet, das Braupatrimonium vor Schaden zu bewahren.

Der Freisinn hat sich aufgespielt als Vertreter der Brauerei-Interessen, denen es gelungen war — welche Mittel das erfordert hat, wissen wir nicht — sich den Freisinn völlig dienstbar zu machen.

In der 23. Sitzung der Steuerkommission — Seite 5 des amtlichen Protokolls — erklärte sich der freisinnige Abg. Dr. Wiemer ausdrücklich für die Biersteuer. Er sagte: „Die Frage der Abwälzung muß ganz besonders scharf ins Auge gefaßt werden. Ich begrüße daher die Vorlage über eine anderweitige Erhebung.“

Was hier die ganz besondere Freude des Herrn Dr. Wiemer erregte, das war der mittlerweile beschlossene Vorschlag, die Biergäster nicht mehr nach Bechmel sondern nach Zwanzigstel Bitter zu eichen, damit der Bier dem Gast statt der Bechmel Bitter sieben Zwanzigstel Bitter für das gleiche Geld verabreichen könne. Damit sollte ebenfalls die reflexive Abwälzung der Steuer auf das Publikum gefördert werden. Herr Dr. Wiemer ging aber noch weiter. In derselben Sitzung erklärte er:

„Die Frage der Besteuerung der alkoholfreien Getränke mußte reichlich erörtern werden.“
 Herr Dr. Wiemer hat sich damit — denn dieser Satz war zustimmend gemeint — als Freund der Besteuerung alkoholfreier Getränke erklärt, damit der Bierkonsum seinen aus großen Rücksicht erfahren sollte. Herr Dr. Wiemer hat sich

in der Tat große Verdienste erworben, zwar nicht um die Gastwirte, auch nicht um die Konsumenten, wohl aber um die Brauerei-Aktionäre.

Ein Konsumrückgang durch die neue Schädigung stand fest. Man versuchte daher gleich, die alkoholfreien Getränke unter Besteuerung zu bringen, um so den Bierkonsum zwangsweise zu heben. Eine schamlose Erpressertat! Der Gedanke der Besteuerung alkoholfreier Getränke ist in der Kommission mehrfach aufgetaucht, und es liegt durchaus im Bereiche der Möglichkeit, daß die kommende Finanzreform eine solche Steuer enthält. Von wegen der „ausgleichenden Gerechtigkeit“ wird man sagen, weil es nicht angehe, daß man Zerkwerfner Steuerfrei lasse, wenn Bier und Branntwein mit Steuern belastet sind. Dann ist für den Freisinn die Zeit gekommen, die Frage der Besteuerung alkoholfreier Getränke aus dem Stadium der Erwägungen herauszuheben und den Gedanken zu einem greifbaren Vorschlag zu verdrängen.

Aber auch im Plenum des Reichstags ist der Freisinn noch einmal mit aller Schärfe für den Schutz der Brauerei-Aktionäre und gegen Gastwirte und Konsumenten auf die Schanzen gestiegen. In der Sitzung des Reichstags vom 1. Juli 1909 bemühte sich nämlich der freisinnige Redner Abg. Dr. Pachnid e darum, daß die Möglichkeit der Abwälzung der Steuer auf das Publikum sichergestellt werden müsse. Er wies auf die schweren Kämpfe hin, die den Brauereien dieser Steuer wegen bevorstehen. Das Zentrum hatte beantragt, die Steuerlasten zu vermehren, und ausgerechnet dem freisinnigen Redner Herr Dr. Badnische blieb es vorbehalten, sich als Anwalt des Brauereikapitals aufzuspielen. Er sagte — stenographischer Bericht, 272. Sitzung, Seite 8296 —

Küßner müssen wir davon ausgehen, daß es sich hier um eine Verbrauchsabgabe handelt und nicht um eine Gewerbesteuer (sehr richtig! links). Einem einzelnen Gewerbe auferlegt. (Sehr richtig! links.) Soll es aber eine Verbrauchsabgabe sein, dann muß sie so konstruiert werden, daß der Verbraucher sie wirklich trägt. (Sehr richtig!)

Wir müssen die Abwälzung ermöglichen! In der Vermehrung der Stoffkosten aber liegt eine Erschwerung der Abwälzung. Darum wird man von vornherein ein jeder solchen Vermehrung, wenn auch nur um eine Stufe, feindsichtig gegenüber stehen.“

Womit der freisinnige Redner. Der Freisinn bewährte sich also wiederum als „unentwegt“ Schutztruppe des Kapitals. Der Gedanke erfüllte diese „Volkspartei“ mit Entsetzen, daß es den Brauereien etwa nicht gelingen könnte, die Steuern auf die Gastwirte und das Publikum abzuwälzen. Die Gefahr einer Vertiefung der Brauerei-Diabolenden drohte, und das brachte den Freisinn auf! Die Massen sollten tüchtig geschrippt werden, für sie hatte der Freisinn kein Wort übrig, die Hauptsache war, daß die Aktionäre der Brauereien, die allerdings dem Freisinn meist sehr nahe stehen, vor Schaden bewahrt blieben!

In der Kommission war der Freisinn bekanntlich für die Biersteuer. Sein plötzliches Umdenken im Plenum geschah nur aus Verärgerung über den Einspruch des Freisinn aus dem Bund. Grundfalsch ist der Freisinn für Belastung des Bieres — das muß festgehalten werden. Das sind altentwägung Tatsachen.

Wer in Zukunft weitere Belastungen von Nahrungs- und Genussmitteln will, der hat am 23. November freisinnig zu stimmen. Wer aber ein grundsätzlicher Feind indirekter Steuern ist, der muß den Sozialdemokraten Kurrer wählen! In der Steuerfrage tut Klarheit not!

Die Konservativen sind rücksichtslos, brutale, aber offene Freunde der unerhörtesten Belastung der Nahrungs- und Genussmittel.

Die Liberalen aber sind feige, heimtückische, schleichende „Volksfreunde“, die ihre Laten in Dunst hüllen, eine heulende Maske verbinden, um das Volk zu betrügen. Dadurch wird der Freisinn gefährlicher als die Konservativen!

Die liberale Steuer„Feindschaft“ — erklärt von den Konservativen!

Die Freisinnigen gingen sofort nach dem Steuerentwurf mit dem Märchen haushieren, sie seien an den neuen Steuern „böllig unschuldig“. Diesen Trick versuchten sie jetzt wieder im Wahlkampf. Da ist es interessant, wie auch die Konservativen der Wahrheit die Ehre geben und den freisinnigen Schwindel in den schärfsten Worten entlarven. Der Hauptverein der Deutsch-Konservativen (Berlin), verbreitet ein Abwehrflugblatt (verantw. Red. R. Schröder-Berlin, Druck der Vorwärts), in dem es heißt:

„Die linksliberale Presse hat eine infame und verlogene Fehde gegen die neuen Steuern eingeleitet. Seit dem berühmten Wort des Nationalliberalen Wasserstrom vom dem „Anzug gegenüber dem Nationalgewerbe und mittleren Gewerbe“ ist es auch in der nationalliberalen Presse üblich geworden, demagogisch die Leser aufzutreiben, weil „dank der leichtfertigen und überführten Falschheit der neuen Mehrheits“ eine übermäßige Belastung des Volkes durch indirekte Steuern herbeigeführt und eine gerechte Erlassung des Befehls verhindert worden ist.“

Alse Unwahrheit, bewachte Verheerung, heutige Entstellung notorischer Tatsachen und Vorgänge, wohin man sieht!

So sehr sich die Mehrheitsparteien im Reichstage nachstehende Presse auch bemüht, den Lügner die Maske vom Antlitz zu ziehen, es wälzen sich immer neue Unwahrheiten, die Dämme der Vernunft und des gesunden Menschenverstandes wegreißeln, in biden und schmutzigen Wellen heran. Mag auch immer und immer wieder mit Ernst und Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß auch die liberalen Parteien in der Kommission den Steuern auf Branntwein, Bier und Tabak zugestimmt, ja, daß sie dafür

durchweg höhere Steuerfüße vorgeschlagen haben, als wie sie jetzt Gesetz geworden sind, mag man immer und immer wieder feststellen, daß die Steuern auf Rasse und Tee im Grunde einer liberalen Anregung ihr Entstehen verdanken, wie es der frühere Staatssekretär Sydow in öffentlicher Reichstagsdebatte erklärt hat — tut nichts, nur konservativ und Zentrum sind angeblich schuld daran, daß Zigarren, Bier und Branntwein teurer geworden sind!

Kein Wort hört und liest man davon, daß durch die Beschlüsse des Reichstags eine von liberaler Seite beantragte Mehrbelastung dieser Genussmittel in Höhe von 75 Millionen verhindert worden ist, daß, wäre es nach den Liberalen gegangen, der kleine Mann jetzt seine Zigarren, sein Bier und seinen Branntwein viel teurer bezahlen müßte, als es gegenwärtig tatsächlich der Fall ist.

Wir wollen es noch einmal klipp und klar feststellen: Die Mehrheit des Reichstags hat bewilligt: 210 Millionen indirekte Steuern, 110 Millionen Steuern auf den Befehl. (Hierzu kommen noch die Aufrechterhaltung der Zuckersteuer und der Hauptartensteuer.) Die Liberalen wollten, als sie noch nicht im Reichstagsrat standen, bewilligen: 400 Millionen indirekte Steuern, 75 Millionen Befehlsteuern.

Wer jetzt die Wahrheit mit vordrücken will, der tut ein nationales Recht!

Dem letzten Satz des konservativen Flugblatts ist böllig zuzustimmen. Die Masse des arbeitenden Volkes muß das wahre Gesicht des Freisinnigen kennen lernen, damit sie bei der Wahl entsprechend handelt. 62 Millionen Mark neues Schulden sind schon angeknüpft! Dabei bringen die neuen Steuern durch den Konsumrückgang und den sozialdemokratischen Schnapsböhlekt Minusbeiträge. Neue Steuern kommen also bestimmt in Sicht! Wählt keinen freisinnigen Freund indirekter Steuern!

Wählt Kurrer!

Dieser Brief enthält das Gedicht „Der Stern“ von Hans Hoyer-Hanck. © Hans Hoyer-Hanck, Halle a. S. 1909.

Aus drei Vaterländern.

Sachfragen zum Nachdenken.

I.

England

(Regierendes Haus: Sachsen-Roburg und Gotha.)
5. Februar 1897: Die Königin Victoria eröffnet das Parlament; der Lordkanzler verliest die Thronrede, in der es heißt:

Ihre Aufmerksamkeit wird wiederum auf den jehigen Stand der Volkvertretung gelenkt werden, und ich habe die Zuversicht, daß Ihre Beratungen zu der Annahme von Maßregeln führen werden, die... das Wahlrecht in genügender Weise ausdehnen werden.

15. August desselben Jahres: Die englische Wahlreform erhält die Sanction, einige Tage später wird die Session mit einer Thronrede geschlossen, in der gesagt wird: Ich habe mit hoher Befriedigung einer Will zur Verbesserung der Volkvertretung meine Zustimmung erteilt. Ich vertraue ernstlich darauf, daß die umfassende und freisinnige Maßregel, die Sie angenommen haben, zur dauerhaften Lösung einer Frage dienen werde, die die Defensivität lange beschäftigt hat.

II.

Oesterreich.

(Regierendes Haus: Gabsburg-Lothringen.)
30. April 1906: Kaiser Franz Joseph ernannt den Prinzen Konrad zu Hohenzollern-Sigmaringen zum Ministerpräsidenten. Dieser erklärt ein paar Tage später (15. Mai) im Parlament:

Die erste Pflicht der Regierung ist die Durchführung der Wahlreform. Die Regierung ist nicht nur verpflichtet, auf die großen Bestimmungen zu achten, sie ist vielmehr ihnen gegenüber verantwortlich. Durch die Wahlreform wird dem Gebehr der sozialen und politischen Gerechtigkeit entgegen.

11. Dezember desselben Jahres: Die Wahlreform (allgemeines, gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht) ist von beiden Häusern des Reichsrats angenommen. In der Thronrede vom 17. Juni 1907 wird diese Tatsache mit Zuversicht konstatiert. Die Wahlreform, die durch Befreiung des kaiserlichen Reichsrats im Wahlrecht alle Staatsbürger mündig gesprochen und jedem den gleichen Einfluß auf die öffentlichen Angelegenheiten eingeräumt hat, ist gerühmt auf das Vertrauen, das ich in die Staatsstreue meines Volkes sehe.

III.

Preußen.

(Regierendes Haus: Hohenzollern.)
20. Oktober 1908: König Wilhelm II. deutscher Kaiser, verliest eine Thronrede, in der es heißt:

Mit dem Erlaß der Verfassung ist die Nation in die Mitarbeit auch an den Geschäften des Staates getreten.

Es ist Mein Wille,

daß die auf ihre Grundlage erlassenen Vorschriften über das Wahlrecht zum Haupte der Abgeordneten eine organische Fortentwicklung erfahren, welche der wirtschaftlichen Entwicklung, der Ausbreitung der Bildung und des politischen Verständnisses sowie der Erhaltung des staatslichen Verantwortlichkeitsgefühls entspricht. Ich erblicke darin eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart.

Ihre Bedeutung für das gesamte Staatsleben erfordert umfassende Vorarbeiten, die von Meiner Regierung mit allem Nachdruck betrieben werden.

20. November 1909: (Offiziell insinuierte Zeitungsmeldung): „Dovort wie feststellen können, liegen die augenblicklich viel diskutierten Ansichten der preussischen Wahlreform in weiter Ferne; offizielle oder auch nur unerblickliche Verhandlungen und vorbereitende Arbeiten sind im preussischen Ministerium des Innern seit langem überhaupt nicht mehr geführt. (1) Dagegen wird von einzelnen Vertretern der Regierung herorgehoben, daß die eventuellen (1) Reformen nicht den Rahmen des Dreiklassenwahlrechts überschreiten, sondern vielmehr innerhalb desselben eine Verbindung zwischen dem bereits vom Fürsten Bismarck empfohlenen Pluralwahlrecht und einer Reueinteilung des Wahlgens anzustreben. Bindende Vorschläge innerhalb des Staatsministeriums liegen jedoch nicht vor.“

Die Schlüsse, die aus diesen historischen Tatsachen zu ziehen sind, drängen sich von selbst auf.

Selbstverständlich war es nicht die besondere „Lüchligkeit“ der Dynastien, die in England und Oesterreich eine gezielte Entwicklung der Wahlrechtsreformen herbeiführte, sondern es war die Energie der Wähler, die sie erzwingen. Keine Monarchie der Welt hat Freiheiten zu verhindern, überall mußten sie unter schweren, oft furchtbar schweren Opfern von Volke erlitten werden. Das wird auch in Preußen nicht anders sein!

In England und Oesterreich haben jedoch die Dynastien den großen politischen Fehler vermieden, sich auf ein Verprechen festzulassen, das sie nicht erfüllen wollten oder konnten. Das war für die Erhaltung der Monarchie in jenen Ländern sicher sehr vorteilhaft. Gäßen sie anders gehandelt, so hätten sie sich wahrscheinlich große Unannehmlichkeiten zugezogen.

Nun aber Preußen! Preußen nennt man, aber es nennt sich wenigstens selbst „die stärkste Monarchie“. Wahrscheinlich deshalb, weil seine Monarchie der Welt dem von ihr beherrschten Volke stärksten zuzumutet. Der weil nirgends die Monarchie so starken Belastungsproben ausgesetzt wird wie hier! Worin läge denn sonst die besondere „Stärke“ der preussischen Monarchie? Es wäre peinlich, diese Frage auf Grund des oben mitgeteilten Materials beantwortet zu müssen!

In den Schönen freilich kennen die preussischen Schalkinder, daß es keine zweite Monarchie und kein zweites Büchsenhaus von solcher Güte und Vorzeigefähigkeit gebe, wie den preussischen Staat und das Haus Hohenzollern. Das ist aber, wie historisch leicht nachzusehen ist, ein unheiliger Fluch.

Nun aber: die Regierung Wettham folgten bereitwillig dem Volke die Einführung des Thronverprechens einer Wahlreform. Jetzt hat das Volk das Wort!

Politische Uebersicht.

Salle a. S. 22. November 1909.

Wenn der Freisinn herrscht!

Die liberale Raubthiererei in Birmanens (Pfalz), die durch die erfolglosen Propagandas für die nächste Periode befeuert ist, hat noch in der letzten Stunde ihrer Herrschaft einen Gewaltstakt ausgetrieben. Nach der neuen Zusammenfassung des Kollegiums haben die Sozialdemokraten das Recht, den zweiten Adjunkten zu stellen. Um dies zu verhindern und sich für die Zukunft die Majorität künstlich zu verschaffen, hat man noch vor Abschluß dieser Periode die Anstellung eines Richters besprochen, dem die Stelle des Adjunkten übertragen werden soll. Der Beschluß wurde mit zehn Liberalen gegen die sechs sozialdemokratischen Stimmen gefaßt. Das ist ein charakteristisches Merkmal, wie die Liberalen ihre Macht mißbrauchen. In Preußen machen die Herrschaften das gewöhnlich durch Verschönerung des erklärenden Wahlzweigs (Wahlkreise) oder seine, je nachdem, Verkürzung der Wahlzeit (u. v. m.). — Ob freilich die Birmanens Liberalen große Freude an diesem schändlichen Streich haben werden, bleibt abzuwarten. Von der neuen Staatsratsmehrheit, die sich aus Sozialdemokraten und Zentrum zusammensetzt, wird der Beschluß nur als Provokation betrachtet. Es ist bereits bei der zuständigen Behörde Beschwerde gegen die unerhörte Entredung eingeleitet.

Träger gegen Herzfeld.

Der Abgeordnete Freisinn hat sich so entschieden, um durch seinen offiziellen Führer Herzfeld die Liberalen in Landsberg-Colditz zu beschwören, in der heutigen Stichwahl für den antisemitischen Konservativen zu stimmen. Da ist es ein hübsches Zusammenfallen, daß am Freitag einer der erklärlichen Führer derselben vorläufigen Volkspartei, der Abg. Träger in Berlin einen Vortrag hielt, in dem er (ohne besondere Anspielung auf Halle) folgende Weisheiten auf die Verantwortlichkeit des Hallischen Freisinn niederlassen ließ. Er führte nach dem Bericht des Z. L. aus:

„Darum müssen wir genau wissen, wie wir die Frontstellung zu nehmen haben, wo der Feind steht! Was wollen wir denn? Was ist unsere nächste Aufgabe? Der Staat liberal zu gestalten (Weisall). Augenblicklich sind wir ein konservativer Staat. Für uns gilt es jetzt, gegen die Konservativen anzutreten! (Wabourufe.) Der nächste für uns unaußerblicke Kampf ist der Kampf gegen die Konservativen. Vor allen Abmachungen, den Verpflichtungen den Konservativen gegenüber müssen wir uns aufs Heftigste in acht nehmen. In der konservativen Presse ertönt bereits die Losparfe, indem sie schreibt, was geschehen ist, laßt's geschehen sein! Jetzt nicht immer gegen die Finanzreform. Es liegt eine große Gefahr vor. Wenn wir in dieser Weise vorfahren, daß wir in irgenwelche nähere Beziehungen zu den Konservativen treten, dann verweist sich im Volksbewußtsein der Unzufriedenheit zwischen Konservativen und Liberalen immer mehr.“

So sprach Träger. Jeder sah ein Hauptstück für seine Parteigenossen in Halle! Träger fordert, gegen die Konservativen anzutreten. In Halle geht man mit den Konservativen zusammen, was kein Wort über den Steuerraub der Junker (Beweis: die freisinnigen Flugblätter), ja selbst die Liberalen in Landsberg noch insinuiert an, für den konservativen „Feind“ zu stimmen! Träger warnt vor „Abmachungen“, vor „Verziehungen“ zu den Konservativen — Herzfeld will Landsberg gerade an die Konservativen verschahren, um sich die Konservativen für Halle zu verpflichten.

Träger möchte nicht, daß sich die Unterschiede zwischen Liberalen und Konservativen verwischen — in Halle sind sie längst verwischt. Niemand ist nicht nur Kandidat der „Liberalen“, sondern der Konservativen, des Bundes der Landwirte, der antisemitischen Handlungsgesellschaften, des Hansabundes, des Reichsverbandes, vor allem aber Kandidat der preussischen Junkervereinigung! Das sind die Halbfahrten, die der Hallische Freisinn in den von Träger verlangten — Kampf gegen die Konservativen führt!

Armer, ehrlicher Träger. Du rettest den Feind nicht mehr!

Die Internationalen des Vaterlandsverrats.

Die herrschenden Klassen beschuldigen die internationale Sozialdemokratie, die Vorläuferin der Freiheit aller Nationen, „vaterlandslos“ Gesinnung. Besonders ist der Vorwurf beliebt, die Sozialdemokratie erbehe von dem Zusammenbruch des Vaterlandes“ einen Sieg ihrer parteipolitischen Bestrebungen. Hier bewährt sich aber nur wieder einmal das alte Sprichwort, daß man andere hinter seinen Busch sucht, hinter dem man nicht selbst stehen gehen will. In einer Verlesung in Worcester hat ein englischer Junker, Lord Stippenich, die folgende schimpfliche Äußerung getan:

Wenn die Liberalen wiedergewählt werden, so werde ich meine Finger gegen den Einbruch der Fremden an unserer Küste erheben. Ich werde ihnen im Gegenteil die Hand des Willkommen entgegenstrecken, aber für die Verteidigung des Landes niemals einen Schritt tun.

Der alte Lord spricht nur aus, was die französischen Junken, die berüchtigten Emigranten von Kolens, vor hundert und einigen Jahren nicht bloß dachten und ausprägen, sondern auch in der Tat umsetzten. Sie hetzten die fremden Monarchen, namentlich die allen reaktionären Gelüsten stets zugänglichen deutschen Monarchen zum Krieg gegen ihr eigenes Vaterland. Und wie war es 1848 in Preußen? Da hing es an einem Haar, daß die preussischen Junken ebenfalls gehandelt hätten wie ihre französischen Glaubensgenossen. Dann ist nicht zu weit, so war es nur deshalb, weil es dem preussischen Volke damals lieber nicht gelang, sich von diesen kriegslustigen Schmarozkern zu befreien. Die Stimmung aber, die in diesen Kreisen herrschte hat ein glühender preussischer

Wahlort und ausgezeichneter Kenner des gegenwärtigen Weltklimas, Wagnhagen von Ense, treffend genug geteilt, als er am 18. April 1848 in sein Tagebuch schrieb:

Es gibt eine ganze Klasse von Leuten hier in Berlin (der Generalmajor v. Gerlach gehört zu ihnen), denen kein anderes Heil möglich erscheint als die siegreiche Ankunft der Russen und mit dieser Hilfe die Wiedereinstellung der früheren Gewalt.

Gemeint ist Leopold v. Gerlach, später das berühmteste Haupt der Kamarilla und Mitbegründer der Kreuzgehung.

England, Frankreich, Preußen, überall und immer die gleiche Geheil! Die Sozialdemokraten kämpfen für die Unabhängigkeit unseres vaterländischen Volkes nach außen und innen. — Die Junker aber wollen die Herrschaft aller Länder, sie segnen und verteidigen das Vaterland nur solange, als sich ihr Parasitentum an ihm ruhig nisten kann. Kommt es einmal anders, dann sind sie alleamt, Engländer, Franzosen, Preußen, sehr geschwind dabei, dieses Vaterland zu verlassen, zu verlaten und zu verlassen. Sie sind die Internationalen des Vaterlandsverrats.

Positive Arbeit.

Die sozialdemokratische Fraktion des sächsischen Landtages brachte einen Gesetzentwurf ein, der ausführenden Maßnahmen zur Steuerung der Arbeitslosigkeit und Unterstützung der Arbeitslosen vorstelt. Die Regierung und die bürgerlichen Parteien können nun ihre Liebe zur „positiven Arbeit“ zeigen. Ebenfalls geht es wieder so, daß man die sozialdemokratischen Arbeiterforderungen als „unersittlich“, als lediglich „agitatorisch“, brandmalend und ablehnt. Das Kapital muß geküßt werden.

Ein weiterer Antrag der sozialdemokratischen Fraktion verlangt die Aufhebung der ersten Kammer.

Der Herrschaftsinn über Masse

Im Deutschen Reich ist es nicht oft vorgekommen, den Geist der Beschäftigten, wie er sich seit den Tagen der kirchlichen Almshaus erhalten hat, gleichsam am hellen Tage umherzufliegen zu sehen. Wir hören Diskussionen über den kontinentalen Charakter des Zentrums und der christlichen Gewerkschaften und lesen die schönsten Anträge über Glaubensfreiheit und Zensur. Nur gelegentlich fällt aus lörringischen Kirchhöfen oder einem Volkstaler des buntesten Bauerns ein Lichtstrahl auf das wahre Wesen der Macht, die noch im Zeitalter der Naturwissenschaften die absolute Herrschaft über die Gemüter in Anspruch nimmt. Um so lehrreicher ist es, gerade an der Quelle den echten Lebensstrom schöpfen zu können. Nur kurzum ist in Rom von einem Professor der Glaubenspropaganda am päpstlichen Hof, also von einem hochautorisierten Verfasser, namens Lepicier, eine Schrift erschienen: „Heber die Weltändigkeit und den Fortschritt des Dogmas.“ Wird dem lateinisch verfassten Buche teilt Dr. Jäger im freien Wort einige höchst kennzeichnende Stellen mit. Es heißt da in dem Kapitel: „Ob und aus welcher Grunde sieher zu werden sind“ man solle diese wie höchst schädliche wilde Tiere (bestiae sylvestres maxime vocantur, S. 173—175) behandeln. Weiter: „Die Kirche läßt nicht große Wilde gegen die Knecht, daß sie in Anbarrungen nicht sehen läßt und sie mit der geistlichen Strafe der Exkommunikation belegt, bevor sie sie dem weltlichen Arm überläßt, damit er sie durch den Tod aus der Welt schafft.“ Und endlich genug wird die von katolischen Schönfarbern aufgestellte Behauptung zurückgewiesen, daß nicht die Kirche sondern die weltliche Gewalt die Triebfeder der Inquisition gewesen sei.

Solche Behauptungen ergänzen in dankenswerter Weise die stets wiederkehrenden Feststellungen über die verwerdenden Einflüsse und die füllige Vergiftung, die im Namen des Heiligens auf das gläubige Volk ausgegossen werden. Sie zeigen, daß es sich im Fall Lepicier nicht um ein lebensschädliches Ueberbleibsel handelt, sondern um die wohlüberlegte Anwendung eines Weibes, der nicht eher ruht, bis er die Welt in seinem blutigen Schmutz erstickt hat — oder bis er der berrückten Aufführung und des- sozialen Befreiungsarbeit endgültig erlegen ist.

Deutsches Reich.

— Wo bleibt die Veteranenbeihilfe? Der Reichstag hat in seiner vierteljährigen Session einen Antrag angenommen, der für September 1909 die dauernde unterhaltspflichtig sind, aber über 60 Jahre alt ein Einkommen unter 600 Mk. im Jahre haben, Weibchen von jährlich 120 Mk. vorstelt, die monatlich mit 10 Mk. im voraus zu zahlen sind. Personen, die aus Reichsmitteln gesetzliche Invalidenpensionen erhalten, sind von dem Weibchen leider ausgeschlossen. Witwen von Veteranen wird die Weibchen drei Monate nach dem Tode des Veteranen weiter gewährt.

Dieser Antrag hat bisher noch nicht die Zustimmung des Bundesrats gefunden. In den Kreisen der vielfach in recht ärmerlichen Verhältnissen lebenden Veteranen hat dieses unbegriffliche Bögen wachsende Unzufriedenheit hervorgerufen. Sie mögen sich erinnern, daß der Bundesrat die neuen Steuern fortzantionierte — bei Veteranen hat er nicht eifrig!

— „Staatsgefährliche“ Kalerber. Die Staatsanwaltschaft in Weuthen (Oberhollz), beschlagnahmte beim Verlag der Bogala Robotniga 17000 politische Arbeiterkalender für 1910 angeblich wegen „Ausbreitung zum Klassenhaß“.

— Nationaler Wahlkampf. Bei den Gemeinderatswahlen der dritten Abteilung in Mittenfeld, bei denen die Liberalen über das Zentrum siegen, kam es im Wahllokal zu blutigen Tumulten. Ein großes Polizeiaufgebot schritt mit bewaffneter Ordnung ein, wobei zahlreiche Verletzungen vorliefen. „Ordnungsgeladen“ unter sich.

England.

Sampliana.

Der Kriegsminister Gladstone erklärte in einer Rede im Lords-Klub, daß die ganze Regierung einmütig sich in der Aufnahme des von den Lords eröffneten Kampfes, „Barren wird nicht verlangt und nicht gegeben.“ Wenn man auf eine Uneinigkeit im liberalen Lager hoffe, täusche man sich. Der Minister gab sich selbst zu den Gemäßigten-Liberalen, aber er siehe mit aller Macht zur Reform des Steuerwesens und den Rechten der Volkvertretung gegenüber den Lords. Immerhin herrscht noch mangelhafte Unklarheit. Der radikale Bruder des berühmten Unionisten Joe Chamberlain, Arthur C. G., verlangt vom Ministerpräsidenten eine klare Richtung des Kampfes. Er verlangt, daß der König verpflichtet werde, sozialistischer das Oberhaus zu ernennen, daß auch die neue liberale Mehrheit geschaffen werde. Das Volk muß aber die Frage gestellt werden, ob das Oberhaus, nachdem es in so gewaltfamer und verfassungswidriger Weise in das alleinige Bestimmungrecht der Volkvertretung eingegriffen habe, über

Kampf noch sein alles Recht der Opposition behalten dürfe. Die Zeit für halbe Maßregeln ist vorbei. Wenn wir mit solchem Fergen in den Kampf gehen sollen, müssen wir wissen, daß dort etwas ist, was den Kampf lohnt. Wenn wir nicht dazu kommen die großen Maßregeln, die in dem Kampf um Budget ihre Schattenseiten voraussetzen haben, wenigstens teilweise zu verwirklichen, ohne Gefahr, daß sie von einer künftigen Abstammung zurückgeführt werden können, dann gibt es nichts, um das es sich zu kämpfen lohnt."

Besondere Aufmerksamkeit wird jetzt der Frage zuzuwenden, wie man sinnvolle Ergebnisse des parlamentarischen Systems herbeiführen könne. Wenn jetzt etwa ein Konvent über mehr Stimmen aufzufordern als einer der beiden ihm gegenüberliegenden liberalen und Arbeiterkandidaten, so wird er als gewählt proklamiert, während die Reformforderungen, in denen die beiden Gegner einig sind, die große Mehrheit erhalten haben. Man denkt daher daran, noch bevor der Parlamentsauflösung eine Lenkung des Wahlsystems, etwa durch Einführung von Stichwahlen, herbeizuführen. Aber in dieser Frage besteht keine Einigkeit, da ein Teil, namentlich die Arbeiterpartei für das Proporzionalwahlssystem eintritt. Auch werden die Lords, deren Zustimmung erforderlich ist, kaum bereit sein, der Regierungsmehrheit seit aus ihrer peinlichen Verlegenheit zu helfen. So wird es wohl zu einer gütlichen Vereinbarung zwischen den beiden Parteien der Wahlen kommen. Nach einem Siege aber würde die Schaffung eines vernünftigeren Wahlsystems zu einer der wichtigsten Aufgaben der Mehrheit. Dadurch aber würde auch die Verwirklichung der Arbeiterpartei von der liberalen Partei und die Entwidlung der sozialistischen Arbeiterbewegung eine feste Förderung erfahren.

Auch die Irland-Debatte werden den Kampf gegen die Oberkammer mit aller Kraft unterstützen. In einer in Dublin gehaltenen Rede legte ihr Führer John Dillon dar, welche Vorteile dem ausgebeuteten Lande aus der neuen Gesetzgebung aufwüchsen. Die irische Partei sei jetzt in der Lage, einen vernünftigen Antrag gegen die alten Tories zu stellen, die irischen Wähler zu führen, die das Volk in die Verbannung geschickt hätten und jetzt daran seien, das Land in einen Strauß der Unruhe durch die Verwerfung des Landgesetzes für Irland zu werfen. Recht gelte es, den Tories und dem Hause der Lords einen tödlichen Streich zu versetzen.

Dänemark.

Alberts Kompilten.

Der Folketing beschloß, einen Ausschuß zu ernennen, der die Verhältnisse, die über die Angelegenheit des ehemaligen Justizministers Albert vorliegen, untersuchen und sich ferner mit der Frage befassen soll, ob gegen die ehemaligen Minister J. C. Christensen und Sigurd Berg Reichsgerichtsanlagen anzurechnen sei. Der Ausschuß ist gehalten, in 14 Tagen Bericht zu erstatten.

Amerika.

Erklärung der Einwanderung.

Die Einwanderungsbehörde in New York hat, wie der Vork. mitgeteilt wird, abermals eine Vorkehrung erlassen, die von den Einwanderern besonders hart empfunden wird. Denn in Zukunft können Einwanderer von der Einbürgerung ausgeschlossen werden, wenn sie die Einbürgerung ihrer Familien zu wünschen übrig lassen. Eine größere Zahl von Einwanderern ist dem Law of Muscular Development-Paragrafen bereits zum Opfer gefallen. § 8 des Einwanderungsgesetzes vom Jahre 1898, der die Gebrechen und Krankheiten aufzählt, deren wegen ein Einwanderer ausgeschlossen werden kann, enthält zwar nichts über „Muskelchwäche“, aber der neuen Verordnung gemäß scheint jeder Einwanderer am Landen verhinert werden zu können, der nicht über berufliche Körperkräfte verfügt.

Indien.

England „reformiert“.

Die Wiener Neue Presse schreibt: Die Reformen für Indien, das Ergebnis dreijähriger Arbeit, sind am 15. d. M. in Kalkutta veröffentlicht worden und treten nunmehr in Kraft. Durch sie werden die Befugnisse des indischen Reichsrats, der Befugnisse umgibt, und der sieben Provinzialräte erweitert und wird ihre Mitgliederzahl vermehrt. Der Reichsrat wird aus 88 Mitgliedern bestehen, die Mitgliederzahl der Provinzialräte schwankt zwischen 18 in Bihar und 51 in Bengalen. Die Einrichtung, daß Mitglieder ernannt werden, ist beizubehalten, doch werden die ernannten nur im Reichsrat eine Mehrheit haben, und zwar um drei Stimmen, während sie in den

Provinzialräten die gefällten überwiegen. Die Regierung hat darauf Bedacht genommen, die mohammedanische Minorität zu Worte kommen zu lassen und hat daher für die Reichsratswahlen sechs rein mohammedanische Wahlkörper geschaffen. Auch ist bei den Wahlen für den Reichsrat die eigentümliche Bestimmung getroffen, daß in den vereinigten Provinzen abwechselnd die Großgrundbesitzerkreise verschiedener Kreise wählt, da es Kreise gibt, wo der Großgrundbesitz vorwiegend in den Händen der Mohammedaner, und solche, wo er vorwiegend in den Händen der Hindus ist; überdies sollen, wenn die Hindus an der Reihe sind, die Mohammedaner dafür durch zwei oder drei anderweitig hergestellte Mandate entschädigt werden. Bemerkenswert ist auch, daß in den Provinzialräten von Bengalen und Madras fünf Sitze den Zee- und Interpellanten vorbehalten sind. Die Regierung ist besorgt, Personen, deren Erwählung sie für schädlich hält, von der Wählerliste auszuschließen.

Die Mäte werden über alle Gegenstände von öffentlichem Interesse diskutieren und Fragen stellen dürfen. Ueber Finanz- und Steuerfragen sind Beschlüsse fasthast, die jedoch nicht bindend für die Regierung sind; indes muß die Regierung, wenn sie das Budget vorlegt, die etwaige Ablehnung von Beschlüssen begründen, woran sich eine Debatte schließen darf. Die Provinzialräte werden sich alljährlich zu Anfang Januar versammeln, der Reichsrat im Laufe des Monats Januar. Die ganze „Reform“ läuft also darauf hinaus, die unumschränkte Herrschaft der englischen Bureaucratie in dem indischen Reichreich ungeschmälert aufrechtzuerhalten. Daß damit der wachsenden Forderung in der eingeborenen Bevölkerung irgendeine Abnung getan werden könnte, dürften die englischen Gewaltthäter wohl selbst nicht annehmen.

China.

Sie werden schlau.

Der Provinzialantrag von Schihi (der nordöstlichen Provinz) eröffnet über das System der Erteilung von Konzessionen an Ausländer. Die große Mehrheit der Abgeordneten beklammte das Konzeptionswesen. Die Chinesen seien heute selbst imlande, mittels eigenen Kapitals ihre Naturkräfte auszubilden. Die Konzeptionsinhaber hätten ihre Verheißungen überschritten und dem Wachstum der einheimischen Industrie in unläuterer Weise Lawerigkeiten bereitet. Die fremden Interessen folgten den Verhandlungen mit großer Aufmerksamkeit. Regierungskreise, Bedenken sei doch, daß China aufhörte, Kolonialland, d. h. welches Ausbeutungsobjekt fremder Spekulanten zu sein.

Aus der Partei.

Reichstagskandidaturen.

Der Sozialdemokratische Verein Breslau stellte in seiner letzten, von über 750 Mitgliedern behagten Mitgliederversammlung die Reichstagskandidaturen für die beiden Breslauer Wahlkreise auf. Vom Vereinsvorstande wurde Genosse Eduard Bernstein für Breslau-West und Genosse Oskar Schütz für Breslau-Ost empfohlen. Nach längerer Debatte wurde mit etwa 700 gegen 20 Stimmen die Kandidatur für Breslau-West dem Genossen Bernstein wieder übertragen. Gegen die Kandidatur Schütz waren nur wenige Stimmen. Breslau-Ost vertrat bis zu den Parteientwahlen der im vorigen Jahre verlorene Genosse Franz Tübauer.

Weitere Kommunalwahlen.

Bei den Stadtratswahlen in Bamern wurden zum erstenmal fünf Sozialdemokraten gewählt. Sie stiegen mit rund viertausend Stimmen Mehrheit über die Bürgerlichen. Bei der Stadterordnetenwahl in Ebing erlangen die Sozialdemokraten einen glänzenden Sieg. Unsere Liste siegte mit 200 Stimmen Mehrheit. In Elmshorn siegte die Kandidatur der Sozialdemokratie mit 600 über 550 bürgerliche Stimmen.

Bei den Bürgerlichstämmlen in Lübeck, die Freitag in der 1. und 2. Wählerklasse stattfanden, erzielte die Sozialdemokratie glänzende Erfolge. 7900, die die Gegner mit Sozialdemokratie arbeiteten, eroberten unsere Genossen fünf neue Mandate in der 2. Abteilung. Unsere Stimmzahl stieg hier von insgesamt 3000 im Jahre 1907 auf 3700, während die gegnerischen Stimmen von 1400 auf 1200 sanken. In der 1. Abteilung haben wir eine Steigerung unserer Stimmen um das Doppelte, in einem Bezirk um das Dreifache zu verzeichnen. Die Sozialdemokratie besitzt jetzt zwölf Sitze in der Lübecker Bürgerschaft.

Bei der Stadterordnetenwahl in Amsfeld erhielten die Sozialdemokraten 4373 Stimmen, der Bürgerliche Stadtrat 2475. Unsere Genossen siegten mit 1898 Stimmen über die absolute Mehrheit.

In Ödnitz bei Wochum eroberten unsere Genossen 500 Gemeinderatsitze der 3. Abteilung.

Bei den Stadterordnetenwahlen 8. Klasse in Oßschütz a. M. siegten wieder, wie nicht anders zu erwarten war, die Kandidaten der Ödnitzer Farbwerke; die Aktionäre und Beamten der Farbwerke sichern auch den Besitz der Mandate der ersten und zweiten Klasse. Eine große Stadt unter der Wohnmöglichkeit einer einzigen Firma. Das ist ein herrliches Kulturbild aus der Treibhausepoche. — Immerhin haben auch die Sozialdemokraten einen Achtungserfolg errungen. Während wir es vor zwei Jahren nur auf 185 bis 193 Stimmen brachten, erhielten diesmal unsere sechs Kandidaten ungefähr die doppelte Stimmengahl, nämlich 369 bis 370 Stimmen, während die Kandidaten der Farbwerkspartei einen kleinen Stimmrückgang gegen 1907 erlitten. Damals war die Durchschnittsziffer 609, diesmal rund 600 Stimmen. Viele Kleinrentnervereine haben uns diesmal ihre Stimme zugewandt.

In Oppau (Wass) erlangen unsere Parteigenossen mit 14 Sitzen die Mehrheit im Gemeinderat, sie werden Anspruch auf den ersten Adjunkten machen. Wasser gießen unsere Fraktion nur sieben Mann.

In Homersheim brachten wir bei der Wahl am Freitag zum ersten Male vier Kandidaten durch.

In der liberalen Hochburg Odenkoben gelang es unsern Genossen, drei Sitze zu erobern. Dieser Erfolg ist um so höher anzuschätzen, weil die Liberalen eine beispiellose Agitation und Hege gegen uns inszenierten und auch das Bürgermeistertum sich in heftigen Äußerungen gegen die Sozialdemokratie ausgesprach.

Weitere Gemeindevorstände sind aus Reich i. L. zu melden. In Rittersberghaus eroberten wir zwei Mandate. Dem gleichen Erfolg hatten wir in Franzenhof. In dem großen Ort von Gerol. in Ostschwarz, siegten unsere neun Genossen mit 281 bis 366 Stimmen über die Gegner, die 256 bis 234 abtrudelten. Hier haben wir sämtliche 24 Gemeinderatsitze in unserm Besitz.

Ein eigenes Heim.

Partei und Gewerkschaften in Brantenburg hatten gemeinsam das Einweihungsfest der neuen Arbeiterwohnstätte der Stadt gefeiert, aus Restauration, Vereins- und Gesellschaftszimmern, zwei großen Sälen, einem großen Garten und Privatbädern besteht. Das ganze Terrain umfaßt 3000 Quadratmeter; der Kaufpreis beträgt 173 000 Mark.

Aus einem wilden Lande.

Genosse R. Knudsen, der langjährige Führer der dänischen Sozialdemokratie, wird am heutigen Montag zum 3. Bürgermeister von Roskilde gewählt werden. Die Sozialdemokraten bekamen über 30 Sitze im Stadterordnetenkollegium, und da der Kandidat der Radikalen zugunsten Knudsen zurückgetreten ist, ist seine Wahl sicher. Dem 3. Bürgermeister unterliegen das Armenwesen der Stadt und das soziale Fürsorgewesen. Roskildegenossen hat dann zwei sozialdemokratische Bürgermeister. Genosse Jensen, der frühere Vorsitzende des Verbandes der Gewerkschaften, wurde vor drei Jahren zum ersten (Finanz-)Bürgermeister gewählt. — Würde sich in der deutschen Reichshauptstadt etwas Ähnliches ereignen, die vereinigte bürgerliche Reaktion würde den letzten Tag der Ordnungserlichkeit gekommen sein. Aber gemacht — das vom Freisinn so geführte fälschliche Dreisassenwahlrecht hält bei uns die Arbeiterklasse nieder.

Für den Reichstags-Wahlfonds gingen ein:

Auf Liste 450 von Arbeitern der Firma Engel & Vogel 3,10; auf Liste 298 (12. Bezirk) 6,90; von R. R. Reiterstraße 6,90; auf Liste 426 von Zeeben-Güterberg 4,65; von G. R. von einem Freund der Kandidatur Bremer 3,90. — M. Heiwand.

Verantwortlich für den Inhalt, Politische Uebersicht und Parteiverwaltung Paul Hennig, für Ausland, Gewerkschaftliches, Familien- und Vermittlungs- Carl Wold, für Lokales Otto Liebherr. — Provinzialstellen und Verammlungsberichte Gottl. Rappaport, sämtlich in Halle.

Die heutige Nummer umfaßt 12 Seiten.

Menckhoff & Co.

HALLE a. S. Geiststr. 19.

Wäschefabrik mit Kraftbetrieb.

HALLE a. S. Geiststr. 19.

Ab Montag, den 22. d. Mts. Ausverkauf sämtlicher Reisemuster.

Gleichzeitig steht

ein grosser Posten Wäsche aller Art zum billigen Verkauf.

Hierdurch ist Gelegenheit geboten, alle Wäschestücke in der Fabrik zu Fabrikpreisen zu kaufen.

Verkauf findet nur direkt in der Fabrik, Geiststrasse Nr. 19, von morgens 11 Uhr bis abends 7 Uhr statt.

Morgen, Dienstag, nachm. 5 Uhr

findet die

Eröffnung

meines der Neuzeit entsprechend eingerichteten Geschäfts-Neubaues
für

Herren- und Knaben-Konfektion

statt.

Sämtliche Abteilungen zeigen erstklassige Neuheiten,
das Vollendetste in Sitz und Konfektion.

Die Auswahl ist, ermöglicht durch die jetzigen grossen, hellen
Räume, auf das Höchstmaß vervollkommenet.

Neu aufgenommen:

Sämtliche Herren-Artikel.

Verkauf dieser Artikel im Liothof.

4200 qm nur zu Geschäftszwecken benutzter Flächenraum.



S. Weiss

Der Freisinn und die Volksbildung.

III.

Vertreterin in Schullachen.

Mit der Forderung der allgemeinen Volksschule verbinden sich notwendig ein paar andere wichtige Schulforderungen: Anentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehr- und Lernmittel und der Schulleistungen.

In all diesen Dingen hat der Freisinn teils unter völliger Freigabe, teils unter höchst klamauer Auslegung seiner liberalen Grundsätze völlig versagt. Man schäme hinein in die Stadterwartungen und erinnere sich der Kämpfe in den verschiedenen bürgerlichen Kollegien, um beschäftigt zu finden, daß mit größter Hartnäckigkeit die Erfüllung der bezeichneten Forderungen in „freisinnig regierten“ Städten verweigert zu werden pflegt. In Berlin wie in Breslau, in Kiel wie in Königsberg, in Gagen wie in Halle — um nur ein paar Städte des Kommunalfreisinnns herauszugreifen — ist man entscheidender Gegner der Lernmittelfreiheit. In Halle leistete sich seinerzeit der Stadtschulrat Wendel bei einer Bekämpfung des sozialdemokratischen Antrags auf Beschaffung von Lernmitteln den besondern Hohn, zu erklären, „es sei ungerath, den Eltern die Freude am Bücherkauf zu verderben“. Nun gar erst die Forderung der Schullieferungen! In welsch flammender Entzündung vermag die „Wohlfahrtsgesellschaft der Arbeiterkinder“, die angeblich aus dieser Forderung spricht, das Fettschweigen jedes Freisinnspießers zu verstehen! „Wer Kinder in die Welt setzt, soll sie auch ernähren!“ Mit dieser ebenso dummen als brutalen Argumentation donnert das Gros der liberalen Maßbürger regelmäßig den Hungerstreik der Armen nieder. Und wenn man mit Ach und Krach schon eine dünne Beihilfe gewährt, legt man den Empfängern entwürdigende Verpflichtungen auf und häuft auf das soziale Elend noch die moralische Demütigung und Erniedrigung.

Dabei ist ein echter Freisinnsmann ein guter Christ. Zwar hat es einmal eine Zeit gegeben, in der der Liberalismus sich ganz gotteslästerlich freidenkerlich und atheistisch gebärdete. Man überbot sich in Pfaffenfreierei und Antiklerikalerei, gründete Freidenkerclubs und forderte mit Entschiedenheit die Beseitigung des Religionsunterrichts aus der Schule. Heute erscheint dies dem Freisinn alles als Jugenddelikt. Mit Hüten und Bähnenkappen hat er die organisierten Heere des Proletariats anzuweilen sehen zu einer ungeheuren Macht, und nachdem es wieder dem Nationalhelden Bismarck mit der Eisenfaust noch dem Volksgenossen Bismarck mit dem Götterdaß gelungen ist, diese brahmane Macht zu brechen, hat der Freisinn wieder Luft zu dem lieben Gott gesucht. Als Sicherheitsfloh vor seinen Klassenfeinden ist dem liberalen Ordnungsbürger die Religion eben gut genug. Und wehe jezt der einig gebliebenen Aufklärung, die nur die Köpfe der Massen vordreht! Als die Sieglerin Regierung aus den Wählervereinigungen des Vereins für Volksaufklärung die Werte von Gerechtigkeit und Gerechtigkeit, beistellte sich der freisinnige Generalsekretär, von der preussischen Reaktion den tiefsten Kotau zu machen, und wo immer die Forderung nach Trennung der Schule von der Kirche erhoben wurde, beschwerte der ehrenwerte Freisinn nie, mit frommem Augenaufschlag zu beschreiben, daß er keineswegs gegen die

Religion sei, sondern im Gegenteil dieses kostbare Erziehungsmittel ungekündigt der Volksschule erhalten wissen wollte. Als bei den Antiklerikalenabenden im Abgeordnetenhaus im Frühjahr d. J. Genosse Adolf Hoffmann die Trennung der Schule von der Kirche forderte, erklärte der Redner der freisinnigen Volkspartei, der Volksschullehrer Dr. Schupp, mit Salbung und Pathos: „Diese Forderung der Unabhängigkeit der Schule von der Kirche schließt noch lange nicht in sich, daß nun auch der Religionsunterricht aus der Schule entfernt werden muß. Wir stehen noch wie vor auf dem Standpunkt, daß der Religionsunterricht der Schule erhalten bleiben muß...“

Ähnliche Proben inniger Oeffenherzigkeit zwischen freisinnigen Volkstribunen und junkerlichen Bildungseigenen sind bei anderen Gelegenheiten mit gleicher Oeffenherzigkeit und Schamlosigkeit von Freisinnsländern geliefert worden. Nicht zum letzten bei der Beratung des Schulverfassungsgesetzes, wo die Liberalen so freudig an der Verminderung der Volksschule mitgearbeitet haben, daß sich das Zentrum so solcher Hilfe schmeizeln die Hände reiben konnte.

Das Negativ der Tugenden des Freisinnns gegen den Geist der Volksbildung ist damit keineswegs erschöpft. Es sei nur noch daran erinnert, daß bei der Bekämpfung des erwählten Volksschulunterrichtsgesetzes der Liberalismus eine seiner wesentlichsten Forderungen, die Unterrichtsfreiheit, rückhaltlos preisgegeben hat, daß die Einführung der obligatorischen Fortbildungsschule ausgerechnet in dem freisinnigen Abg. Kangerhans ihren verbissenen Gegner fand, daß das ständische Ausnahmengesetz gegen sozialdemokratische Schuldeputationsmitglieder jederzeit die stillschweigenden Einverständnis der freisinnigen Parteien hat sicher sein dürfen. Gar nicht zu reden von der zynischen Prästrierung der materiellen Interessen der Lehrerschaft, die besonders in jüngerer Zeit erst wieder weite Kreise in berechtigter Erregung bewegt hat. Im preussischen Dreiklassenhaufe ist der freisinnige Justizrat Cassel für eine Erhöhung der Lehrergehälter eingetreten. Dort konnte er es billig haben. Im Berliner Rathaus aber hat dieser verachtete Kommunalfreisinnige die von den Lehrern verlangte Looszulage behauptet. Ihre Forderungen zurückgewiesen! Umlich ist der freisinnige Oberbürgermeister Casselmann von Aaireuth mit den Lehrern verfahren. Und der ebenfalls „freisinnige“ Oberbürgermeister von Gagen, Cunow, mußte sich auf eine Beschwerde der Lehrer hin von der preussischen Regierung beschleunigen lassen — reaktionärer zu sein als sie!

Wie an allen politischen Grundfragen ist der Liberalismus auch an all seinen kulturellen Idealen bankrott. Nur die mangelnde Einsicht der Massen in die inneren Zusammenhänge des politischen und wirtschaftlichen Lebens vermochte bisher noch der bürgerlichen Klasse als der Trägerin der Idee des Liberalismus eine Gelassenheit zu sichern. Je mehr aber diese Einsicht zunimmt, desto klarer und bewusster führt das Proletariat seine Kämpfe, desto energischer säubert es die Parteien des politischen Betrats und der kulturellen Heuschrecke von sich ab.

Die Arbeiterschaft von Halle wird zu zeigen haben, daß sie die liberalen Mietlinge der Reaktion erkannt

hat und daß die bildungsfreundliche Rolle des Freisinnns die abstoßende Frage seiner Bildungseigenschaft nicht zu denen vermag.

Ein Beispiel von Theorie und Praxis.

Der Demokrat, das Organ der Demokratischen Vereinigung, befaßt wieder einmal einen Prinzipienverstoß des Kommunalfreisinnns in einer wichtigen Schlußfrage. Es handelt sich um das programmwidrige Verhalten freisinniger Stadterwartungen in Schöneberg. Dort beist die liberale Fraktion zusammen mit den Sozialdemokraten die Mehrheit im Rathaus, so daß es möglich wäre, die in Schöneberg noch vorhandene Intitulation der Vorschulen zu beseitigen, wenn es nur dem Freisinn erst damit wäre. Daß die Vorschulen Standes- und Klassenfraktionen der allererschimmerten Art sind und von allen denen beseitigt werden müßten, die wie der Freisinn das vor sich behauptet, für eine Einheitschule eintreten, braucht nicht erst noch nachgewiesen zu werden. Auch die Lehrerchenschaft selbst fordert die Beseitigung der Vorschulen. In Schöneberg aber konzentriert man nicht nur das Vorschulwesen, sondern man hat dort auch den Lehrern an der Vorchule trotz ihrer geringeren Arbeitszeit, überhaupt geringeren Leistungen, noch eine besondere Gehaltssteigerung gutwillig werden lassen. Der Demokrat bemerkt zu diesem selbstigen Verhalten des Schöneberger Kommunalfreisinnns:

„Wer erklärt diesen Widerspruch zwischen Programm und Praxis? Das Beispiel anderer Gemeinden nicht, denn in ihnen existiert ja kein so programmfeier Freisinn unter Lehrerführung wie in Schöneberg!“

Weshalb bemüht man denn jezt überhaupt noch Vorschulen in Schöneberg, trotzdem liberale Fraktion und Sozialdemokratie die Mehrheit im Rathaus haben? Weshalb war bei der letzten Abstimmung über Vorschulfragen (in diesem Frühjahr) die liberale Fraktion nicht vollständig vertreten? Weshalb gegen sich die Stadterwartungen Justizrat Weinbach, der jezt freisinnige Landtagsabgeordnete, und Direktor Wetkamp, der frühere freisinnige Landtagsabgeordnete, während der Abstimmung in einen Rederaum zurück? Sind sie Anhänger der Standeschule? Ist das Programm in ihrer Fraktion nur ein Aushängeschild für die Wähler?

Ja, ja, die Einheitschule! Mit dem Kampf des Freisinnns für sie steht es genau wie mit dessen Wahlkampf. In der „Theorie“ ist man dafür, hat aber eine schändliche Angst davor, daß es einmal zur Praxis kommen könnte. Wie kann auch eine platonische Partei christliche demokratische Politik treiben?!

Der Demokrat hat recht, wenn er annimmt, daß es dem Freisinn um die Schaffung einer wirklichen Einheitschule und die Beseitigung der Klassenprivilegien auf dem Gebiete des Schulwesens ebensovornig Ernst ist, wie mit dem Kampf um die Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts. Die „Prinzipien“ des Freisinnns existieren nur auf dem Papier und im Hörsaal der freisinnigen Parlamentarier und anderer freisinniger Demagogen. Wenn es gilt, die Lebensarten in die Tat umzusetzen, versagt der Freisinn in der thätigsten Weise!

„Soldaten sein schön!“ (Nachd.v.)

Bilder aus Kaserne und Lazarett.
Von Karl Fischer.

Keine Gelegenheit ließ Sergeant Schneider vorbeigehen, ohne an Wolter seine Wohlheit auszulassen. Wie jedem Dienst, wo er mit ihm in Verbindung kam, machte er seine Bemerkungen. Gewöhnlich hatte er als sonnenabhängig die Lust über die Reinigung des Kompaniequartiers. Von diesem nicht gerade angenehmen Dienst sogen es regelmäßig viele vor, selbst auf die Gefahr hin, eventuell gemeldet zu werden, sich zu brüden. Nach dem meissen, die fehlten, erludigte sich Sergeant Schneider gar nicht. Nur seine Auserwählten, auf die er es abgeben hätte, mußten anwesend sein. Wolter hätte es nicht mögen, sich zu brüden. Inbrannt war er gemeldet worden. Dafür, daß er nie fehlte, bekam er immer die appetitlichsten Arbeiten, wie Spindwäsche säubern, Latrine reinigen und dergleichen mehr. Gehorsam führte Wolter jeden Befehl aus und ließ sich nicht aufhören kommen. Seine Kameraden, vom Schläge Großes und Mißgutes, hatten an dieser Arbeitsleistung natürlich eine helle Freude, wenn der seine Kaufmann, oder Seringensabhängige, wie ihn der Sergeant mit Vorliebe zu nennen pflegte, den Hausnecht abgeben mußte. Durch Sergeant Schneider hatte es nach und nach die ganze Kompanie erfahren, daß Wolter mit seiner Braut und seinem Freunde Weiner, dem Kompanieoffizierskandidaten von der neunten Kompanie, spazieren, ja sogar ins Kaffeehaus ging. Es hätte sich einmalm nicht viel gefehlt und er wäre in Arrest gekommen. Zwei Umstände kamen ihm anzure. Erhielt konnte er die Wahrheit in jeder Situation betreiben und zweitens begnugte er dem Wohlwollen des Kompaniechefs, der sich freilich bemühte, unparteiisch zu sein. Aber das Leben unter seinen Kameraden wurde für ihn immer unerkträglicher. Die meissen waren froh, wieder einen Sünderbock zu haben, der die allerweiche Aufmerksamkeit auf sich lenkte, so daß sie nicht im Vordergrund des Interesses zu stehen brauchten. Bald teilten Sergeant Schneiders Meinung alle Unteroffiziere der Kompanie. Wolter machte alles falsch. War irgendein Interim aus seiner Korporaloffiziersstube abhandeln gekommen, ließ es von allen Seiten: „Unter Wolters letzten Studentenstil kam das Behelnde weg, weil man mußte, der Unteroffizier glaubte

es gern, wenn es Wolter war. Aus solchen kleinen Widerwärtigkeiten bestand nun sein ganzes Kassenleben.

Umgekehrt und müde schied er sich auf einzelne freie Stunden zu seiner Braut und suchte Trost. Sein Kameradendienst wurde ihm zur Qual. Wolter war er ihm leicht gefallen, er hatte alles begriffen und ohne viel über zu brüden, verständig nachgeholfen. Jetzt seiner Anteiligkeit hatte er sich mit allem abgeben. In den ersten Monaten war ihm der Militärdienst, trotz der Überwindung, die er ihm leistete, etwas Neues. Nun war er lange eingeweiht. Gräßlich langweilig kam ihm der ganze Dienst vor. Dazu kam noch die heimliche Streichschlacht. Immer war — und immer er gewarnt sein, in Arrest gelockt zu werden. Dann war auch keine Lust mehr, Sanitätsdienst zu werden. Er wußte, daß Vorbestrafte dazu nicht ausgehoben wurden. Der Gewanke, noch ein zweites Jahr wie das erste zu verleben, konnte ihn bald weniger machen. Nur Abwählung — andre Umgebung — andre Menschen!

Wenn auch das kommende Wandern eine Trennung von seiner Braut brachte, erwartete er es doch mit großer Ungeduld. Wenn er nur das erwidrende einmürige Garnisonleben hinter sich hätte! Die Tage wurden ihm zur Qualzeit. Seine einzige besagte Freude war der Abend. Wieder ein Tag weniger, Streichschlacht, immer war — und immer er gewarnt sein, in Arrest gelockt zu werden. Dann war auch keine Lust mehr, Sanitätsdienst zu werden. Er wußte, daß Vorbestrafte dazu nicht ausgehoben wurden. Der Gewanke, noch ein zweites Jahr wie das erste zu verleben, konnte ihn bald weniger machen. Nur Abwählung — andre Umgebung — andre Menschen!

Dies Bewußtsein ließ ihn seinen Dienst bis auf Kleinste ernst verrichten und alle Widerwärtigkeiten geduldig auf sich nehmen.

Er kam sich wie eine Maschine vor, die aufgezogen funktioniert, bis sie aneinander fällt. Auch bei allen gleichgültigeren Kameraden nahm er dieses lärmende Gefühl mehr oder weniger wahr, wie es sich bei jedem auf verschiedene Weise äußerte.

Tagegen lebten die Asten in Erwartung und Vorfreude der nahenden Entlassung. Nur noch bis zum Wandern rechneten sie dann berging die Zeit hin. Die einzigen Stunden, in denen sich Wolter als Mensch fühlte, waren die bei seiner Braut oder bei Freunden. Schon freie Stunden brachte sie zusammen zu. Mit welcher geistlichen Freundschaft wurde ihm da über die täglichen Mühen hinweggeholfen. Mit nie ermüdender Sorgfalt widmete sich Grete Weiner beiden. Bei ihr holten sich die beiden Gequälten frischen Lebensmut.

Weiner empfand nach und nach für Grete Weiner eine schmerzliche Reue. Unter seiner Schwester war sie die nächste, bei der er mit allen Feinden Bekanntschaft war.

Auch er sehnte das Wandern herbei, noch mehr als Wolter. Sie ihn galt es doch eine halbe Entlassung. Sein Geh gegen den Militärdienst hatte so viele Wurzeln in ihm gewahrt, daß seine Augen sich vor Sehnsucht mit Tränen füllten, wenn er an den Tag seiner Entlassung dachte. In seiner Phantasie malte er sich das zukünftige Leben in den herrlichsten Farben aus. Aller Kampf um tägliche Brot als Militärdienst wurde ihm Genuß. Nur jetzt lebte keine Bessere mehr hüben — keinen Jüngling! Nur Freiheit leben!

Wandern! Der zum Überdruß gewordene Garnisondienst war für die Augen auf Wochen unterbrochen, für die Asten zu Ende. Jeden Tag gab es etwas Neues zu sehen. Der Kasernenstillstand war verfallen. Alles war in Aufregung — in Wanderversammlungen. Die Aufregungen im Quartier und bei den Brigaden und Bataillionsübungen waren für die meissen noch leicht zu ertragen.

Die Einwohner der kleinen Ortschaften verlegten die gemeinen Soldaten mit rührender Sorgfalt. Nur hin und wieder fand ein Unteroffizier die Befehdung und Befähigung seitens seiner Quartierleiter nicht seinem Rang entsprach.

Wie ungenannt war überhaupt das ganze Unteroffizierswesen. Selten hatte man ein Schimpfwort, wie etwa auf dem Kasernenplatz. Sie befehligen sich eines ganz anderen Stoms den Mannschaften gegenüber. Bei den Appellen, die immer auf einem freien Plage im Orte abgehalten wurden, kamen nicht entgegen so viele Redensarten wegen schlechten Wetters oder unansehnlicher Mannen vor, wie in der Kaserne. Oft wurde bei ein Auge zugetruden. Das war hauptsächlich dem lustigen Aufgucken, daß verschiedene Reuejäger aus dem Orte den Appellplatz umhänden. Unter diesen waren oft Buchsen, die ihre Dienstzeit hinter sich hatten und eine schlechte Erinnerung an die Unteroffiziere nicht los wurden. Von diesen häßlichen die unpopulärsten.

Wolters Kompanie war für sich in einem Ort einquartiert, so daß er seinem Freund Weiner nur flüchtig dem Geziereten, von weitem grüßend günden konnte.

(Fortsetzung folgt.)

Zur Reichstagswahl.

Auf zu den Verammlungen!

Freitag, Montag, abend spricht Genosse Luise Zieg, Mitglied des Parteivorstandes, im großen Saale des Volksparks über das Thema: Die Reichstagswahl im Sozialreife und welches Interesse haben hieran die Frauen. — Zu dieser wichtigen Verammlungen sind namentlich die Frauen eingeladen, aber auch die Reichstagswahl wollen in Massen erscheinen. Die letzten Tage der Wahlkämpfe stehen bevor. Die Arbeit ist noch einmal der Aufmerksamkeit der Kämpfer und Kämpferinnen für die Sache der Arbeiterinnen. Diese Verammlungen sind die letzten großen Massenverammlungen der Halleischen Arbeiterpartei und die letzten Tage der Wahlkämpfe sind die letzten Tage und Stunden zur wichtigen Reinsatzung auszusagen und dazu will die Arbeiterin besonders auch die Frauen begehren. Deshalb ist es jeder denkenden Frau und jedes Wählers Pflicht, in dieser Verammlungen zu erscheinen.

Am Dienstag abend spricht in Reizen, Gasthof zum Deutschen Kaiser, Reichstagsabgeordneter Genosse Adolf Hirsch. Die Genossen bestreift und in den wichtigsten Ortsfragen wollen lebhaft für die Verammlungen agieren.

Am Mittwoch abend spricht Genosse Fritz Kunert in Bölow, Gasthaus zu Bölow. Die Bölow Arbeiter werden es sich nicht nehmen lassen, unserm Reichstagskandidaten ein volles Haus zu bereiten.

In allen Verammlungen ist Gegnern und Freunden freie Diskussion gestattet. Wähler und Frauen sind eingeladen.

Am Parteisekretariat

sind Stimmzettel zu haben. Für keinen Stimmzettel erhalten haben sollte, oder unter keinen Arbeitskollekt, Bekannten usw. welche verteilt wird, kann jederzeit die gewünschte Zahl erhalten. Auch können dort noch die Wählerlisten nachkontrolliert werden. Hierin muß aber am Mittwoch abend Schlaf einwirken.

Wählerverammlungen

finden am Sonnabend abend in Lettin und Osmünde statt.

Aus Lettin geht uns folgender Bericht zu: In einer gut besuchten Verammlung sprach hier, in der Erlöschung, am Sonnabend abend die Genossin Luise Zieg über die bevorstehende Reichstagswahl. Lebendig und eindringlich, wie immer, führte die beliebte Adhemin den absehbaren anwesenden Frauen vor Augen, welche hohe Bedeutung diese Wahl auch für die Frauen habe. Könnten sie auch nicht durch ihre eigene Stimmabgabe die gebührende Antwort auf die schmerzliche neue Wollenssetzung des Reichstags durch die Finanzreform geben, so sei es um so mehr ihre Pflicht, auf die Männer dahin einzuwirken, daß diese sämtlich zur Wahl gehen und für den sozialdemokratischen Kandidaten stimmen. Indem die Arbeiterin auf alle Umstände und Vorgänge, die für diesen bedeutsamen Wahlkampf in Betracht kommen, kritisch einging, zeigte sie den speziell Halleischen Freisinn in seiner ganzen jämmerlichkeit. Die Verammlungen nahen die anderthalbstündige Rede unserer Genossin mit voller Verbeugung und großer Aufmerksamkeit entgegen und spendete am Schluß lebhaften Beifall.

Gegner melten sich nicht zum Wort. In der Diskussion sprach dann Genosse Dr. J. über die einige Worte, die so anders als die Frauen gerichtet waren. Dem Schlußwort der Referentin beifügigte sich im wesentlichen damit, die Notwendigkeit der politischen Organisation der Frauen nachzuweisen und dazu aufzufordern. Mehrere Frauen ließen sich dann am Schluß der Verammlung aus in den Verein aufnehmen.

Die Osmünde Verammlung zeichnete sich durch starken Besuch aus. Hier sprach Genosse Kunert, dem großer Beifall gebend wurde. Nach dem Referat entwickelte sich eine sehr lebhafte Diskussion, in die, wie immer, Gegner nicht eingriffen. Die Stimmung in der Verammlung lag erwartend, daß die Osmünde Arbeiterpartei am 28. November im vollsten Maße ihre Stimmkraft zum Wort.

Während der sogenannten letzten Tage Wähler und Wählerinnen müde die mündliche Reaktionsfähigkeit natürlich nicht vollständig. Konnten wie die Wähler nicht aufzukommen, so lag nichts näher, als sie in kleinen Kreise aufzukommen. Am Mittwoch hielt sich Genosse Fritz Kunert in Vesebau, Reubeesen und Vesebauungen auf, wo er sich mit den Genossen besprechen konnte. Am letzten Sonntag wollte er in Rothenburg, Garzen, Goldsch und Könnern, wo ebenfalls interne Besprechungen stattfanden. In allen diesen Orten sind die Genossen der besten Zuversicht für den kommenden Freitag; es kann damit gerechnet werden, daß hier die Sozialdemokratie einen bedeutenden Stimmenzuwachs erfährt. Freilich ist diese Arbeit um so nötiger, als unser Gegner gerade in dieser Nachbarschaft die Feindten Distanz zu bearbeiten, magin früher niemand kam, aber die man recht obenhin behandelte.

Die Gewerbetreibenden und die Wahl.

Ein gewisser Herr Elber, der sich Parteiführer nennt, erklart überall in den Verammlungen des Reichstags, daß auf die Hirsch-Dunderschen Gewerbetreibenden als tüchtige Kämpfer für die Kandidatur Weimann unbedingt zu rechnen sei. Sie würden sich mit Quere für diesen Fabrikanten ins Zeug legen, weil sie eben „nationale“ Arbeiter seien usw. Wieviel an diesem Schnaps richtig ist, ersehen wir aus einer Zusage, die an uns aus Gewerkschaftskreisen gerichtet worden ist.

Aus diesem Schreiben geht hervor, daß ein großer Teil der Gewerbetreibenden gar nicht daran denkt, den Mann zu unterstützen, der als Fabrikant und Geschäftsmann ein Gegner der Arbeiterklasse ist und sein muß. Was da in den Verammlungen auf Bestellung aus Gewerbetreibenden produziert wird, ist nichts weiter als Jugenderbenerei. Seitdem die Reichstagskandidatur Weimann die Unterstützung des

Reichstagswahl zur Verfügung der Wahlkämpfe erfüllt, ist die Stimmung der Gewerbetreibenden fast durchweg gegen Weimann gerichtet. Man nimmt in den Gewerbetreibenden darin noch dieselbe Stellung ein, wie lange vor Beginn des eigentlichen Wahlkampfes, als die Kandidaturen noch nicht geregelt war und deshalb die unerbötige Wählerverflechtung stattfand. Bekanntlich sollte der Vorsitzende des Verbandes der deutschen Gewerbetreibenden, Goldschmidt, in Halle kandidieren. Dieser erklärte sich zur Übernahme der Kandidatur bereit, wollte auch zugleich Reichstagsabgeordneter werden. Die Mitglieder der Hirsch-Dunderschen Gewerbetreibenden sollten dann die Kandidatur unterstützen. Diese lehnten aber ab mit der Begründung, daß sie nicht zustimmen könnten, wie der Führer einer Arbeiterorganisation mit Hilfe des Reichstagswahlkampfes zur Befähigung der Sozialdemokratie in den Reichstag gewählt werde. Herr Goldschmidt gab sich damit nicht zufrieden, sondern versuchte nochmals, in die Kandidatur einzudringen. Die Mitglieder blieben aber konsequent auf ihrem Standpunkt: Wo der Reichstagswahl eine Sache bestimmt, können Arbeiter unter keinen Umständen mitteln. Herr Goldschmidt mußte also auf die Kandidatur verzichten.

Und nun, nachdem der Fischmarkt von Freisinn bis zum Junterpadisch mit dem Reichstagswahlkampf in inniger Verbundenheit, will man den Wählern des Reiches weis machen, daß die Gewerbetreibenden der Kandidatur Weimann günstig gegenüberstünden. Daß dies ein Irrtum ist, sollte selbst ein freisinniger Wähler erkennen. Was die Hirsch-Dunderschen bei ihrem Führer als einen schweren Mangel ansehen, werden sie doch bei ihrem natürlichen Gegner, dem Fabrikanten und Geschäftsmann, nicht als Vorzug betrachten. Ist für sie bei jenem die Unterstützung des Reichstagswahlkampfes unmoralisch, so ist es natürlich auch bei diesem! So ist die Stellung der denkenden Gewerbetreibenden und daran ändern die Schönfärbereien freisinniger Redakteure oder gar die — Vereetoren gewisser ganz Vernünftiger, wie z. B. eines Ledergurtdirigenten in der Gewerbetreibendenzeitung, gar nichts. Die Hirsch-Dunderschen Arbeiter aber sollten sich dagegen wehren, daß man in sogenannten liberalen Verammlungen die Medner herbeiruft, die die zum Ausbruch der Bewegung eines sehr großen Teils der Gewerbetreibenden das Wort sprechen.

Der Freisinn und die Landarbeiter.

In mehreren unserer Verammlungen ist von Landarbeitern und ländlichen „Dienstboten“ der Wunsch geäußert worden, einmal im Hinblick auf die Großpredigten der freisinnigen Redner zu befechten, wie sich der Freisinn zu den Landarbeitern und den Bediensteten stelle, welche vor allen Dingen Landarbeiter angehen. Diesem Wunsch soll durch einen kurzen Streifzug auf die parlamentarische Geschichte der berechtigten Forderungen und der gesetzlichen Bestimmungen über Befreiung des Kontraktarbes von der Wahlentscheidung.

Jedermann, der auch nur ein wenig eine Zeitung liest, weiß, zu welchen Unbilligkeiten gegenüber dem sogenannten Gebilde, namentlich den ländlichen, die Gesetzgebungen, die so reichlich in einem Kulturstaat vorkommen, sind, wie diese. Bei der Beratung der Bürgerlichen Gesetzgebung war eine vorläufige Gelegenheit gegeben, der empörenden Gesetzentwürfe ein Ende zu machen. Mit den Sozialdemokraten waren damals Zentrum und Polen in der Kommission bereit, das Ausnahmengesetz aufzuheben. Bei der entscheidenden Abstimmung der Kommission im März 1896 stimmten von den 19 Mitgliedern 8 Ultramontane, also Zentrum, 1 Pole und die Sozialdemokraten für die vollständige Befreiung der Gewerbetreibenden, die bei den freisinnigen Mitgliedern der Kommission stimmten jedoch mit 10. In dem Zentrum dagegen und brachten die Aktion dadurch zu Fall. Also schon damals hatten die freisinnigen Unwert mit den ärgsten Reaktionsären und Arbeiterfeinden durch die Hand.

Nach schlimmer ist das Eintreten des Freisinn für die Befreiung des Kontraktarbes ländlicher Arbeiter. Als im Anknüpfenden Landtag der freisinnig-volksparteiliche Abgeordnete Bremer, also ein Mitglied derselben Partei, der auch Herr Weimann angehört, für ein Gesetz eingetreten war, das die Befreiung des Kontraktarbes forderte, und als er desfalls Angriffe erfuhr, wandte er sich um Rat an die offizielle Parteileitung in Berlin. Der Geschäftsführer schrieb ihm darauf wörtlich wie folgt:

„Sehr geehrter Herr! Für die Zugehörigkeit zur freisinnigen Volkspartei ist die Anerkennung des Rürbenberger Parteiprogramms von 1897 maßgebend. Ueber die Frage der Befreiung des Kontraktarbes ist in diesem Programm nicht enthalten, die Stellungnahme bei dieser Frage also nicht maßgebend für die Zugehörigkeit zur Partei. Ergeben Dr. Müller-Sagan.“

Diese beiden Proben über die Stellungnahme des Freisinn zu den die Kontraktarbes tief berührten Fragen wird ebenfalls deutlich, um den Landarbeitern die Augen zu öffnen, wozu sie das Eintreten der den junferfreundlichen Freisinn und dessen Kandidaten Weimann bringen würde. Es ist nicht zu bezweifeln, daß sie ihnen sagen, in der obigen Ereignisse sich abspielen, der Freisinn hat mehr und mehr nach rechts gerückt, ist sich seinen heutigen Vorkämpfern, den Junfer Arbeitern die Rede seines Arbeitgebers zu fürchten braucht, wenn er seinen Stimmzettel gegen den arbeitserfeindlichen Weimann und für den arbeitserfreundlichen Kunert abgibt, so ist sicher zu erwarten, daß am 28. November auch die Landarbeiter in diesen Scharen rot wählen werden!

1000 Flugblätter

zur Reichstagswahl sind getrennt in Halle und Saalfeld verbreitet worden. Soweit uns Mitteilung zugegangen, sind die Blätter überall freundlich entgegen genommen worden. Zwischenfälle irgend welcher Art haben sich bei der Verbreitung nicht ereignet.

Zur Stadtverordnetenwahl.

Wahl-Legitimationen.

Gegenwärtig werden die Legitimationen zur Stadtverordnetenwahl an die Wähler der dritten Abteilung verhandelt. Diese Legitimation besteht in einem Kuvert mit Inhalt, welches beides sorgfältig aufbewahrt werden muß, da beides zusammen, Kuvert und Inhalt, als Wahl-Legitimation dient.

Wahl-Ergebnis.

Intern 19. November gibt der Magistrat amtlich bekannt: Bei den Ergänzungs- und Ergänzungswahlen für die Stadtverordneten-Verammlung am 8., 9., 10., 12., 13 und 15 dieses Monats sind zu Stadtverordneten gewählt worden:

- a. Zu der I. Abteilung:
1. für die Zeit vom 1. Januar 1910 bis Ende 1915.
 - a. Von der II. Abteilung:
 - Herr Rentner Karl Blumentritt.
 - „ Rentner Richard Daniel.
 - „ Maschinenfabrikant Eugen Grefler.
 - „ Reichsanwalt Wolfgang Herfeld.
 - „ Hotelbesitzer Karl Neffe.
 - „ Kaufmann Carl Probst.
 - b. Von der I. Abteilung:
 - Herr Justizrat Dr. jur. Friedrich Reil.
 - „ Kaufmann Paul Hebe.
 - „ Geh. Medizinalrat Prof. Dr. Hermann Schmidt-Nimpher.
 - „ Geh. Kommerzienrat Cantner Emil Steiner.
 - „ Regierungsdirektor Max Zell.
 - „ Regierungsbaumeister Adolf Hefele.
2. für die Zeit vom 1. Januar 1910 bis Ende 1911.
 - a. Von der II. Abteilung:
 - Herr Bildhauer Paul Keitig.
 - b. Im Vorortbezirk:
 - 1. für die Zeit vom 1. Januar 1910 bis Ende 1915.
 - a. Von der III. Abteilung:
 - Herr Materialwarenhändler Georg Weig.
 - b. Von der II. Abteilung:
 - Herr Gärtnerbesitzer August Spindler.
 - 2. für die Zeit vom 1. Januar 1910 bis Ende 1913.
 - a. Von der I. Abteilung:
 - Herr Geh. Kommerzienrat Dr. Heinrich Lehmann.
 - „ Bauherr Paul Hebe.
 - b. Von der I. Abteilung:
 - Herr Direktor Oswald Strumpf.

Gegen die Nichtigkeit der Wahlen kann innerhalb zwei Wochen nach Bekanntmachung des Wahlergebnisses von jedem stimmberechtigten Bürger Einspruch beim Magistrat erhoben werden.

Halle und Saalkreis.

Halle a. S., 22. November 1909.

Was Stumpfflin heißt.

Man jedermann, jetzt ist nicht die Zeit da, auf dem Sozialismus erziehen, welches die heiligen christlichen Männer und Junglinge automatisch herausgeben. Adrekte läßt man das freudige Einmaligkeit angestrichelt darin zeigen, weil es wirklich nicht leicht, ein Zerköpfung - Linie an die passagieren zu glatte dann zu wachen. Nun aber die demusollen Arbeiter, so sich christliche Männer und Junglinge heiten, die geringe Wohlunterstützung auf die Straße gehen, heißt es ihnen doch ein wenig auf die Finger klopfen. Ja, sie gehen auf die Straße, nachdem sie die ruhmlofen Noten bitter gemahnt, weil diese sich zum Schreiben der freibühnenden Ziffernummern und zum Joch der Leutlichen aus der Dreyhauptstraße auch hin und wieder einmal auf die Straße gehen. Die Zeiten ändern sich und christliche Junglinge mit ihnen! Nicht einmal der Aufschlag war ihnen heilig genug, daß sie ihn nicht mit der Agitation für ihre Wählerrängen und Arbeitsvereinigungen einweisen. Wie selbst erhielten am Aufschlag aber 8/10 Uhr in der Verbuchungstraße ein solches Druckzeugnis in die Hand gedrückt. Stimmt, ihr Christlichen. Der Herr „Generalsekretär“!

So diesen Wälstein nun entwickelt ein gewisser „Leuchturm“ nachhafte Theorien über das, was er sich unter Sozialismus und sozialistischer Jugendbewegung vorstellt. Er brummt die „rote Woche“ in Leipzig, um eine frühliche Wissenshaft zu entbehren. So heißt es bei ihm, ist es doch das Mittel der Sozialdemokraten, möglichst viel Del ins Feuer zu gießen und schon in die Jugend den Haß gegen die „verrottete bürgerliche Gesellschaft“ sowie gegen alles Befehlende hineinzutragen. — Die verrottete bürgerliche Gesellschaft hat der „Leuchturm“ selbst in Gänjeschößen gefeiert. Er behauptet damit seine Unwissenheit darüber, daß eine Gesellschaft, in der sich die Stumpfflinen christliche Männer und Junglinge einbeziehung entwickeln konnte, notwendig eine von Grund aus verrottete sein muß. Freilich, wenn die Sozialdemokratie „Del ins Feuer gießt“, weil schon ein Feuer vorhanden sein und von diesem angezündet hat, sagt der „Leuchturm“ nicht. Es wird also doch wohl die christliche Unerschlichkeit der verrotteten bürgerlichen Gesellschaft gemessen sein, welche den Brand entzündet, wozu die Sozialdemokraten ihr Del gießen. Das merkwürdige an dem schlechtesten Satze ist die Behauptung von dem „Haß gegen alles Befehlende“. Der Leuchturm scheint den Stumpfflinen der Junglingsvereins-Bewegung als „das Befehlende“ anzusehen oder die von Pfaffen aller Konfessionen geförderte Unwissenheit. Tut er das, dann hat er Recht. — Ganz hüffelig wird der Leuchturm, dessen Sicht aus einem Meer von Grog oder dergl. aufzugehen scheint, bei der Erdörterung des Antimilitarismus und dessen, was Staatsleben heißt. Die Sozialdemokratie, schmückt der Gulte, verheißt die Jugend planmäßig gegen die allgemeine Wehrpflicht. Dieser Fanatismus der Wöhhheit weiß natürlich nicht, daß die Sozialdemokraten nach der allgemeinen Wehrpflicht, die es gibt, der Volksgewaltigung streben und

Gänzlicher Ausverkauf wegen Aufgabe des Geschäfts.
 Dienstag, Mittwoch, Donnerstag drei große Extra-Ausverkaufstage für
Kostüme = Kleider = Kostümrocke = Blusen.
 Wir wollen unsere grossen Vorräte schnell räumen und verkaufen zu ganz enorm billigen Preisen.
Berliner Damen - Konfektions - Haus, Leipzigerstr. 11.

Die Werftskandale in Kiel.

Am Freitag wurde in der Zeugenvernehmung fortgesetzt. Als a wurde der frühere Vorarbeiter des Angeklagten Frankenthal, Mohl, vernommen. Er hat meermalen gesehen, daß die gegenteilige Angabe über den Tag der Vernehmung richtig ist. Auf seine Frage, weshalb das geschieden habe, der Angeklagte erklärt, daß der Jaden der Wage nicht genau gefahren habe, so daß sie nicht gedruckt wurde und der Jettel nicht zu lesen war. Bei der Vernehmung durch den Untersuchungsrichter vor der Zeuge, wie das verlesene Protokoll nachweist, sagt, daß Frankenthal ihn aufgefordert habe, beladene Wagen nur mit drei Rädern auf die Wage zu fahren. Mehrere Richter, die für Frankenthal Material von der Werft und dem Torpedodepot Friedrichsort abgeholt haben, legen aus, daß unter den leeren Wagen, die zur Werft gefahren wurden, Weichlöcher bis zu 100 Fund Gewicht gebunden waren und daß diese, wenn die beladenen Wagen gezogen werden sollten, wieder abgenommen wurden. Frankenthal habe ihnen auch den Kuffen gegeben, die vollbeladenen Wagen nur mit drei Rädern auf die Wage zu fahren. Einige dieser Zeugen gehen zu den Zeugnissen Frankenthal's gefolgt zu sein. Der Gerichtsreiber Schiele war mit der Durchsicht der beschlagnahmten Korrespondenz beauftragt. In den ersten Tagen seiner Tätigkeit, so berichtet er, sei ein unbekannter Herr an ihn hergetreten und habe ihm 500 Mk. gegeben, wenn er die Durchsicht möglichst beschleunigen wolle. Der Unbekannte gab an, große Nachteile zu haben, wenn die Angelegenheit zu lange hinausgeschoben würde. Im August sei eines Abends ein Reporter eines hier bürgerlichen Blattes an ihn hergetreten und habe ihm 1000 Mk. gegeben, wenn er die Durchsicht beschleunigen und nichts finden werde. Der Reporter habe ihm für später noch mehr Geld in Aussicht gestellt. Er habe das Annehmen abgelehnt, später aber erfahren, daß ein Sohn des Angeklagten Magasinier des Heines Reichs mit dem Geld habe hergehen wollen. Dieser Sohn hat nach den Aussagen des Zeugen sofort vernommen. Dieser erklärte, er habe befürchtet, daß durch Veranlassung Frankenthal's seinem Vater etwas in die Schuhe geschoben werden solle. Deshalb habe er auf Schiele einwirken wollen.

Aufsehenregend waren am Sonnabend die Aussagen des Magasinier's Kantowski. Kantowski ist am 4. Februar dieses Jahres zu drei Jahren Gefängnis verurteilt worden, weil er mit dem Hofschreiber Peters gemeinsam Leer, Farbe, Öl usw. von der Werft entwendet und an Private verkauft hat. Er wiederholte sein schon vorher bei dem Untersuchungsrichter abgelegtes Geländnis. Im Jahre 1896 sei er in das Delmagazin als Aufseher gekommen; er bemerkte, daß große Mehrbestände an Öl vorhanden waren und meldete dem Magazinier Heinrich. Die Mehrbestände betragen circa 30 000 Kilogramm. Heinrich nahm diese Meldung entgegen, es geschah aber nichts, um die Mehrbestände aufzulösen, trotzdem Kantowski noch mehrere Male davon Meldung machte. Später sollten gemeint je 50 000 Kilogramm Öl vom Kaufmann Repning an die Werft geliefert werden. Die ersten 30 000 Kilo wurden auch geliefert. Heinrich überzeugete sich dann im Keller, ob auch das richtige Quantum angefahren sei und sagte dabei zu Kantowski, die nächsten 30 000 Kilo würden nicht mehr angefahren, er solle aber, wenn die Rechnung komme, beschleunigen, daß er 50 000 Kilo empfangen habe, von Repning würde er dann seinen Anteil bekommen. Kantowski hat dafür von Repning 2500 Mk. in Gold und einige Zeit darauf noch 4000 Mk. in Wertpapieren erhalten. Nach dem Tode des alten Repning, der im Jahre 1899 erfolgte, haben Kantowski und Heinrich auch noch mit dem jungen Repning, der jetzt mit auf der Anklagebank sitzt, ähnliche Delgeschäfte gemacht. Einmal hat Kantowski auf Veranlassung Heinrich's dem Repning, der schmutzige Öl von der

Werft gekauft habe, 2000 Kilo, ein anderesmal 4000 Kilo gutes Öl zugegeben. Dafür erhielt Kantowski im ersten Falle 600 Mk., im zweiten Falle 1600 Mk. von Repning. Ähnliche Geschäfte haben beide auch mit Frankenthal gemacht. Dieser erhielt auch einmal 4000 Kilo und einmal 2000 Kilo gutes Öl als Zugabe, dafür erhielt Kantowski 400 und 1300 Mk. Auf die Frage eines Beisitzenden des Gerichts, ob die Mehrbestände nicht bei der jährlichen Inventur entdet wurden, erwiderte Kantowski, daß eine jährliche Inventuraufnahme nicht stattgefunden, sondern daß nur Stichproben gemacht worden. Assessor Frey's behauptete, daß früher verschiedene Verwaltungen direkt durchs Werft gegangen seien, jetzt müsse jedoch alles erst das Annahmeamt passieren.

Gewerkschaftliches.

Der amerikanische Gewerkschaftsbund dem internationalen Sekretariat der Gewerkschaften angeschlossen!

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands gibt bekannt:

Der internationale Sekretär der gewerkschaftlichen Landeszentralen erhielt heute (Sonntag, 20. November) von dem Präsidenten der American Federation of Labour ein Telegramm aus Toronto des Inhaltes:

„Die American Federation of Labour hat den Anschluß an das internationale Sekretariat beschlossen.“

Com p e r z.

Die näheren Umstände, unter welchen der Anschluß erfolgte, sind noch nicht bekannt. Hoffentlich leitet dieser Anschluß der großen amerikanischen Arbeiterorganisation zugleich eine innere Wandlung derselben ein und trägt mit bei zur Befestigung der Mißstände, welche auch amerikanische Klassenbewußte Arbeiter an der Federation of Labour beklagen. Ganz selbstverständlich erscheint es uns, bemerkt hierzu der Vorwärts, daß die amerikanischen Gewerkschaften nach dem Beitritt zur gewerkschaftlichen Internationale ihre bisherige Grundsätzlichkeit aufgeben und die Schranken niederlegen, die bisher praktisch ausländischen Arbeitern in ihrer Heimat organisiert waren, den Beitritt zu den amerikanischen Organisationen unmöglich machen. Geht es das, so ist auch zu erwarten, daß die Stellung der amerikanischen Gewerkschaften vor der politischen Arbeiterpartei schneller eine andere und bessere werden wird, als bisher, wo die gegenseitigen Schranken gerade den politisch radikalsten Elementen in der Arbeiterpartei Eintritt und Einfluß erschweren.

Nach dem Beitritt der American Federation of Labour hat die gewerkschaftliche Internationale einen Umfang erreicht, den keine andere wirtschaftliche oder parteipolitische Organisation der Welt besitzt oder je besitzen hat!

Streik pommerischer Dienstmädchen.

In Wollin bei Greifenhagen a. D. (nahe Stettin) ist ein Streik der Dienstmädchen ausgebrochen. Die Großbauern, sämtlich im landwirtschaftlichen Verein organisiert, haben beschloffen, den Knechten den jährlichen Lohn auf 270 Mk. zu kürzen statt der 300 bis 330 Mk., die man ihnen jetzt zahlt. Sodann wollen sie Beginn und Schluß des Dienstjahres auf Neujahr verlegen, während der Dienstverweigerer jetzt landesüblich auf Martini fällt. Den Vorteil von der Neuerung hätten natürlich die Herren Agrarier, die zu Neujahr, wenn die Knechte nirgend anders mehr unterkommen könnten, die Löhne noch mehr drücken könnten. Deshalb verzichtete der größte Teil der Knechte, unter diesen Bedingungen weiter zu dienen, und die „Herren“ sind jetzt ohne männliche Hilfsarbeiter.

Verteilung des Bergmannen-Rebells.

Im April d. J. brachte der Bergmannen-Rebell einen Artikel in dem behauptet wurde, der Bergarbeiterverband sei Urheber eines bei der Schnappschußwahl von 1904 erdienten angenommenen Klugblattes, in dem dem damaligen Gewerkschaftsvorsitzenden August

Brust vorgeworfen wurde, er sei von den Bergarbeitern mit 30 000 Mark bestochen worden. Das Klugblatt war in Wirklichkeit von dem später entlassenen Verbandsamten Spornio und dem Verbandsamten Götze verfaßt und verbreitet worden. Der Bergarbeiterverband ist damals alles möglich, um die Verbreitung, als sie ihm bekannt wurde, zu verhindern.

Der Verfasser besitzt die Absicht der Belegung. Das Gericht erkannte eine solche aber als vorliegend an, weil in dem infamierten Artikel auf Auslassungen des Bergmannen aus 1904, die schwer beleidigend für den Verbandsvorstand waren, Bezug genommen wurde.

Es wurde deshalb auf 50 Mark Geldstrafe und Publikation im Bergmannen und in der Bergarbeiterzeitung erkannt.

Solzarbeiterentsperrung in Frankfurt a. M.

Die Höchster Möbelfabrikanten kündigten Ende August d. J. den mit dem Solzarbeiterverband im Jahre 1906 abgeschlossenen Tarifvertrag. Am 22. September wurde von den Fabrikanten der neue Vertragsentwurf überreicht. Die Solzarbeiter erklärten sich bereit, mit den Unternehmern einen neuen Vertrag abzuschließen unter der Garantie, daß Beschäftigten nicht einzutreten. Die Frage der Arbeitsverteilung sollte durch einen Schiedsgericht entschieden werden. Die „Friedliebenden“ Höchster Möbelfabrikanten lehnten dieses ab und warfen die Arbeiter in brutaler Weise aus Höflichkeit. Wenn jemals Mitglieder des Arbeitgeber-Schiedsverbandes in irgend einer Ausprägung heraufbeschworen haben, so sind es die Höchster Fabrikanten.

Ausgehert sind bis jetzt 230 Mann in acht Fabriken. Vier Firmen haben nicht ausgehert. Da die Arbeiter sich in den Fabriken, wo ausgehert wurde, sofortig erklärten und die Arbeit niederlegten, kommen für die Bewegung ja. 400 Solzarbeiter in Betracht. Zugut ist deshalb nach Höchster a. M. freitags fernzubringen.

Aus den Nachbarkreisen.

Nach dem Streik die Schreckensjulliz.

So immer eine gebildete, gebührende Arbeiterklasse die Feindschaft des Kapitals abzutreiben verstände, von ihrem gesetzlichen Koalitionsrecht Gebrauch machte, da war die alte Erkenntnis zu verschmerzen, daß nach Beendigung großer Kämpfe die rächende Nemesis in wahrer Form ersehnter Weise darzuweisen fuhr. Es sei nur erinnert an die Zuschläuserteile anlässlich des Streiks der Gemeinbedienten in Kiel. Und so auch hier in Wollin. Es ist schon berichtet worden über unglückliche Verhaftungen freierberge Vergleite wegen „Streikvergehen“, den Versuch, einen Landfriedensbruch zu konstatieren und die Androhung zahlreicher Klagen gegen das halbesche Volksblatt, die schmeißende Waffe während des Kampfes: Gleichsam, um ein Beispiel zu statuieren, sind vom Heftbedienten Schöffengericht wegen Verstoßes, somit täglich vorkommender Fälle der Art erfüllt worden, die befehläßig sind.

Am Donnerstag kamen vor dem Schöffengericht Schöffengericht eine ganze Reihe sogenannter Streikvergehen zur Verhandlung und man muß sagen, daß die kapitalistischen Institute ihre Arbeit ganz tun. Außer den schon gemeldeten, kamen folgende Sachen zur Beurteilung.

Der Bergmann Gustav Bösel hatte für die ausständigen Kameraden gemalt, wozu nach dem Gehehe eine Genehmigung gehört, die er aber nicht besaß. Er hätte aber schon früher, anlässlich eines Brandes, für die Notleidenden gemalt, niemand hätte damals etwas dagegen. Hier aber traf ihn die Strafe von 25 Mark für sein ungehobenes Vorgehen. Haben doch viele Geschäftskreise um Weisheit gebeten, um ihre freiwilligen Beiträge geben zu können.

Sodann wurde der Bergmann Fischer zu der ungebührlichen Strafe von zwei Monaten Gefängnis verurteilt, weil er einige arbeitswille Vergleite an Arme e gefast haben sollte und sie bestimmte habe, am Streik mit teilzunehmen. Der Ange-

016 45
501 16
514 16
545 64
605 21
905 16
237 60
170 69
029 82
547 81
75 70
967 04
323 80
268 95
502 84

Puppen

Weihnachts-Ausstellung

Spielwaren

ist eröffnet.

Wer zu Weihnachten gediegene und schöne Puppen, gekleidet und ungekleidet, Leder-gestelle, Puppenköpfe etc. schenken will,

Wer Bedarf in Gesellschafts-, Fröbelchen Unterhaltungs- und Beschäftigungsspielen hat und die grösste Auswahl sucht,

Wer Kaufkläden, Puppenzimmer, Küchen, Puppenmöbel, Service etc. kaufen will und gediegene erstklassige Fabrikate verlangt,

Wer zu Weihnachten Reit- und Schaukelpferde, Fuhrwerke aller Art etc. schenken und darin eine grosse Auswahl in allen Preislagen finden-will,

Wer Eisenbahnen mit und ohne Uhrwerk, sowie mit Dampftrieb, Eisenbahnzutaten, Laterna magica, Dampfmaschinen, Modelle etc. zu kaufen gedenkt,

Wer mit Militär-Rüstungen, Festungen, Soldaten, Kanonen, Richters Brücken- und Steinbaukasten seinen Kindern eine grosse Freude bereiten will,

der versäume nicht, unsere

Spielwaren-Ausstellung

I. u. II. Etage zu besichtigen (Fahrstuhl).

Halle a. S., Leipzigerstrasse 89, 90, 91.

— Gegründet 1859. —

Alttestes und grösstes Spielwarenhaus der Provinz.

C. F. Ritter,

Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins. Mitglied der Vereinigung deutscher Spielwarenhändler.

flage befristet energisch die ihm zur Verfügung stehenden Kräfte. Es half aber nichts, er wurde verurteilt.

Ammerlehte bei der folgenden Verhandlung der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Landberg-Magdeburg, den als Schöffen fungierenden Richter Herrn Schmid ab. An seine Stelle trat der Kaufmann Senje. Dieser flugte dem Gerichts-Vorsitzenden Schneider im Verhandlungsraum, daß es ihm sehr unlieb sei, als Schöffe fungieren zu müssen, da er gesellschaftlich Rechtliche durch die Vergleiche haben würde. Er wende gegen den Vergleichlichen Will. H. ist es Selbstbild verhandelt, der ebenfalls arbeitsfähige Vergleiche zum Streifen beantragt und offener „Wut“ gerufen haben sollte. Auch sollte er ausgepudelt haben. Der Amtsanwalt beantragt zwei Wochen Gefängnis. Das Gericht verurteilt ihn zu einem Monat Gefängnis für Flußkur und Auspudeln.

Darauf mußten gleich drei Männer die Anklagebank betreten. Die Vergleiche Friedrich und Hermann Wurgardt und G. Lechner. Sie erhielten je eine Woche Haft, weil sie der Aufforderung eines Richterprotokolls, wegzugehen, keine Folge geleistet hätten. Die Strafmaß, die teils erheblich über die schon recht hohen vom Amtsanwalt gefällten Urteile hinausgingen, veranlaßten den Verteidiger, wegen Verlangen abzuweichen, weil er schon vorher durch verschiedene Ausprüche zu erkennen gegeben hatte, daß er gegen die Streifenenden vorgehen wolle. Deshalb mußte die Sache gegen den Vergleichen Otte ausgesetzt werden, der ebenfalls einen Vergleichen angenommen haben sollte. Am Streife teilnehmenden. Der Amtsrichter Schneider meinte, daß es ihm lieb sei, daß das höchste Gericht sich damit befaßt, am liebsten mit allen derartigen Prozessen. Er meinte es doch gut mit den Streifenenden, daß weiß jeder Bürger in Wehrhaft. Also, seine Güte ist darin zu erkennen, daß Urteil über die Vergleiche verhängt werden, die weit über die amtswirtschaftlichen Urteile hinausgehen, aber will er damit sagen, daß nur die Schöffen dies zuwege bringen. Rein, wir danken für solche Güte. Der andere Schöffe war Herr Mann.

Der Monat Gefängnis und 25 Mark Geldstrafe, das ist das Ergebnis eines Tages vor dem Justizhof der Schöffengerichte. Morgen bringen wir als Fortsetzung des Kapitels „Mansfelder Streifenjagd“ die Arbeit des Schöffengerichts ins Leben.

Der Bund der technisch-industriellen Beamten und der Mansfelder Streif.

Die Ortsgruppe Leipzig des B. t. i. V. nahm in einer Versammlung folgende, an den Rat und die Stadtverordneten zu richtende Resolution an:

Die auf Veranlassung des Bundes der technisch-industriellen Beamten vermittelten technischen Privatangehörigen Leipzigs bedauern, daß der Rat der Stadt Leipzig es nicht für nötig befunden hat, durch eine Vermittlung des Privatangehörigen und Arbeiter in Mansfelder Bergwerke zu ihrem Rechte der Koalition zu verhelfen. Die Versammlung verlangt ferner, daß der Rat der Stadt Leipzig in Zukunft seine Beziehungen an solche Unternehmer vergibt, die ihren Angestellten und Arbeitern das unbeschränkte Recht der Koalition zuerkennen und alle wirtschaftlichen Maßnahmen, die eine Beschränkung nach dieser Richtung bedeuten, hinterrücken zu lassen.

Da werden die Zeichen lange warten können. Wie der Rat der Stadt Leipzig und insbesondere der Bürgermeister Dr. Dietrich über das Koalitionsrecht denkt, geht aus dem Verhalten desselben bei der Einbringung einer sozialdemokratischen Interpellation über die Vorgänge in Mansfeld zur Evidenz hervor. Auch die bürgerlichen Stadtverordnetenmehrheit erklärte die Interpellation, deren Inhalt sich im wesentlichen mit der des B. t. i. V. deckt, durch Ubergang zur Tagesordnung für erledigt.

Ob's helfen wird?

Gegen den Landrat von Saffel in Mansfeld hat, wie gemeldet wird, die Belegschaft des Zirkelhauses eine telegraphische Beschwerde an den Oberpräsidenten von Sagan abgemittelt, in der sie den Landrat der Übersetzung seiner Amtsbesetzung bezieht und er sucht, gegen ihn das Disziplinarverfahren zu eröffnen. Der gefällige Kommissar der Mansfelder Eisenbahn hat, wie bekannt, bei der Weiterleitung der Beschwerde auf dem Bureau des Zirkelhauses selbst eingehend nachgeprüft und besonders diejenigen, die Soldat gewesen sind, als angebetet: „Mann! Grr! Haben Sie den Fahnenbild gelehrt, haben unsern Kaiser die Treue geschworen und jetzt wollen Sie helfen, unseren Kaiser abzuheben. Verschreiben Sie mir, aus dem Verbände auszutreten, ich nicht wieder ein sozialdemokratisches Verbrechen zu begehen, sondern eingehend ihres Führerleides zu tun zu Kaiser und Reich zu halten, dann werden wir zusammenarbeiten, wie es vorher geschah.“ Man darf gespannt sein, wie der Oberpräsident sich zu dem Vorgehen des landräthlichen Oberbetriebsleiters stellen wird.

Mittwoch nachmittag wurde die Handelsfrau Lengner aus Ziegele auf ihrem Geheißwege vor dem Mannheimer Gefängnis Leben in Helbra, welchen sie betreten wollte, von einem Militärposten zurückgehalten und am Auge gezerrt, um arretiert zu werden. Die Frau gab vom Schmerz übermannt, dem Volke einen ganz gehörigen Besch, worauf sie dann auch freigelassen wurde. Ihr Auge erstreckt in allen Regenbogenfarben.

Streikbrecher — bessere Arbeiter!

Am Freitag fuhr Fabrikleiter Widmann auf dem Höhenstabschiff vor dem logen. Dochmerzig, um Gange zu machen. Bei dieser Gelegenheit wurde von einer Arbeiterin der Antrag an ihn gestellt, ihr noch einen Treder zuzuteilen, worauf er prompt antwortete: „Ich will vielleicht den besten Arbeiter einen Jungen wegnehmen und Euch geben.“

Mißverständliche Anschauungen eines Oberlandesgerichts.

Zu Anfang dieses Jahres fand in Magdeburg eine Jugendberufsausschuss in der Gewerbe-Kasse in über das Thema: „Was heißt der Jugend, und was hat sie zu beanfordern?“ referierte. Die Verlesung war völlig unpolitischen Charakters, es erfolgte deshalb auch nicht die vorgeschriebene, politische Anmeldung beim Publikation. Trotzdem erhielt der Einberufer wegen Verletzung des Reichsvereinsgesetzes ein polizeiliches Strafmandat über 10 Mk. Vom Magdeburger Schöffengericht wurde die Strafe bestätigt. Das Landgericht als Berufungsinstitut hob das Urteil auf und sprach den Angeklagten frei, weil nicht erwiesen sei, daß politische Angelegenheiten erörtert werden sollten. Wenn der Redner, so meinte das Gericht, insofern auf das politische Gebiet abgemeldet sei, als er Redner dem betreffenden Arbeiterlichen Jugendgericht geübt hat, so könne deswegen keine Verurteilung erfolgen, denn es ist nicht Anklage wegen Duldens

dieser Verlesungen, sondern wegen Unterlassung der vorgeschriebenen Anmeldung erhoben.

Die Staatsanwaltschaft legte Revision ein, und die Entscheidung des Landgerichts wurde vom Oberlandesgericht in Magdeburg wieder aufgehoben. Die Sache wurde an die Vorinstanz mit der Begründung zurückverwiesen, daß der Angeklagte, Genosse Koch, vorgelegt, daß er Leiter der Verlesung gewesen sei, auf keinen Fall die Erörterung politischer Angelegenheiten habe zu überlassen.

Interessant ist nun folgendes aus der Begründung des Oberlandesgerichts:

„Wenn nun hier der Redner Simon Kagenstein, wie festgesetzt ist, bei der Erörterung der Jugendausbildung die Jugendmangelheit des gegenwärtigen Bildungswesens der Unternehmer berührt hat, so ist er damit auf eine Frage eingegangen, deren Bedeutung zweifellos über die Grenzen des Gebietes der pädagogischen und wissenschaftlichen Ausbildung der Jugend ... hinausgeht. Die Frage dieses Bildungswesens gehört zwar an und für sich in das Gebiet der Jugendberufsausschüsse, bildet aber andererseits einen beliebigen Streitpunkt im heutigen sozialen Kampf und gewinnt dadurch für die bestehende Staatsobermacht eine besondere Bedeutung, sofern es erwägt, daß die Bestimmungen auf Abschaffung dieses Bildungswesens fernernehmend für die Wünsche gewisser politischer Parteigruppen. Diesen Wünschen liegt nämlich die Anschauung zugrunde, daß zur Erziehung der Jugend zu gesunden und selbständigen Persönlichkeiten der Entlastung der Individualität des Einzelnen möglichst freier Spielraum geschaffen, möglichst wenig Schranken gezogen werden müssen. In die Wirklichkeit übertragen, würde dieses Dogma zwar zur Selbständigkeit, gleichzeitig aber auch zu einer Schranken- und Zügellosigkeit führen, die für den Bestand des Staatsoberwesens überaus verhängnisvoll werden könnte. Von diesen Erwägungen aus muß auch die Frage des lehrerrechtlichen Zügelungsrechtes als politische Angelegenheit gelten.“

Genosse Kagenstein hatte auch das Verhältnis der Geschlechter zu einander getreift. Dazu sagt nun das Urteil, um zu begründen, daß auch das eine politische Angelegenheit sei, u. a. folgendes:

„Andererseits ist aber die Frage des Verhältnisses der Geschlechter zu einander, insbesondere insofern sie das Problem der Ehe umfassen, berührt für den Bestand der jetzigen Staatsoberordnung von außerordentlicher Wichtigkeit. Die Grundgedanken der jetzigen Staatsoberordnung sind die Intaktheit der Ehe und der Familie. Gegen diese richten sich denn auch vorzugsweise die Angriffe derjenigen, die eine neue Staatsoberordnung auf neuer Grundlage erstreben, namentlich die Angriffe der Sozialdemokratie.“

Dies sieht sich gerade so, als wenn man ein Reichsbürgerhandlungsblatt vor sich hätte. Die Gerichtsherrn in Raumburg würden sich tun, sich gelegentlich einmal in ein WGB-Buch über sozialdemokratische Verbrechen zu vertiefen.

Reich, 22. November. In die sozialdemokratischen Vereine, Kalender und Flugblatt gegen den Brandstiftung sind alle Poststellen verbannt und ebenfalls auch überall schon verbreitet. Abstellen, die schon verbreitet haben, sollen übrig gebliebene Flugblätter und Kalender sofort an Genossen Leopold liefern. Abstellen, die jedoch noch haben müssen, sollen es sofort vom Genossen Leopold lösen.

Reich, 22. November. Auflegung des Reichsvereinsgesetzes. Der Gauleiter der Bergarbeiter Genosse Weidart und der Bergmann Güllie in Großauna hatten jeder ein Strafmandat in Höhe von 30 Mk. erhalten, weil sie in Kleintana bei Weidens eine Zusammenkunft abgehalten haben, die als öffentliche politische Versammlung angesehen wurde. Auf die eingeleitete Verurteilung hat das Schöffengericht Weidens die Strafe bestätigt. Jedemals wird das Landgericht Raumburg sich noch zu entscheiden haben.

Reich, 22. November. Unser Bibliotheks-Katalog für die vereinigten Bibliotheken des Gewerkschaftsbezirks und der sozialdemokratischen Vereine ist abgedruckt und bereits erschienen, das sich in einem grünen Umschlag geschmackvoll präsentiert. Sämtliche Bücher sind ihrem Inhalt nach in zehn verschiedene Abteilungen rubriziert und zwar in folgender Weise: Abteilung A: Zeitchriften, Veritas u. dergl.; B: Schöne Literatur, Romane, Erzählungen, Novellen; C: Geschichtswissenschaftliche Werke, Welt-, Kultur-, Kunst- und Literaturgeschichte; D: Nationalökonomie, Sozialpolitik, Partei- und Gewerkschaftswesen; E: Biologie und Religionslehre; F: Naturwissenschaften, Länder- und Völkerkunde, Reisebeschreibungen; G: Staats- und Rechtswissenschaft; H: Gesundheitslehre, Naturgeschichte; I: Jugendliteratur; K: Technologie, Gewerbe- und Handwerkslehre.

Es sind 1818 Bücher und Bände, die hier auf 28 Seiten leicht überblicklich angeordnet sind. Eine Bibliotheks-Ordnung und 7 beachtenswerte Kataloge für die Leser geben dem Vereinskassen voran. Mit der Schaffung dieses Katalogs ist allen Genossen die Möglichkeit an die Hand gegeben, sich am besten für den Lebensbedarf zu entscheiden und methodisch regeln können. Der Katalog läßt Raum für Bemerkungen, welche Bücher man haben will. Der Katalog wird vom Zentralvorstand an alle Vorstände der sozialdemokratischen Vereine verbannt; Mitglieder die ihn selbst besitzen wollen, erhalten ihn für 25 Pf. Bestellungen müssen alle Vorstände entgegen.

Stredau, 22. November. Die Rettungs-Kommission befindet sich den Genossen Emil Müller, Ed. Schröpfer, Albin Scheich aus Stredau, Aug. Wolfe, Weidau und Franz Freyermagen, Gladis, Vorwider der dieselben ist Genosse Schröpfer. Alle Beschwerden über das Vorkommen an Genossen Schröpfer zu richten.

Schleusitz, 22. November. Die Ostbahnstation für Schreißig hält am Mittwoch den 24. November, abends 8 Uhr im Lindenhof ihre Generalversammlung ab. Auf der Tagesordnung stehen: 1. Geschäftsbericht des Vorstehenden; 2. Erwahlung der Vorstandsmitglieder; 3. Wahl der Bericht- und Berichterstattungs-Kommission; 4. Jahresrechnung und deren Erläuterung; 5. Bericht der Frankfurter-Kontrollen; 6. Bericht vom allgemeinen Frankfurterkongress in Berlin; 6. Anträge; 7. Beschließen.

Schleusitz, 22. November. Am Donnerstag wurde das Wasserleitungsnetz unter Druck geleitet. Dabei ereigneten sich zwei Querschnitte. Am Grundstücke des Holzgeräthfabrikanten Hermann Knoll brach ein Wasser aus der Erde, der andere Bruch fand vor dem Fabrikanten Wenzel. Die schadhaften Rohre wurden sofort beseitigt, und am Freitag abend war das Netzwerk wieder betriebsfähig.

Wittenberg, 22. Nov. Der erste Sozialdemokrat auf dem Rathsaussch. Bei der am Freitag stattgefundenen Stadtverordnetenversammlung in der 3. Abteilung machten von 1999 eingeschriebenen Wählern 719 den ihnen zugetheilten Gebrauch. Die abgeordneten Stimmen verteilte sich auf folgende Kandidaten: Reinholdt Wenzel 392, Gehlisch-Wagner 372, Wauer Schröder 363, Kollathschütz Dehmu 304, Rechnungsrat Seibel 282, Vorwiderer Weidmann 206, Stadtmagdeburgermeister Stange 154, Weidenerling Jäger 124, Arbeiter Reumann 42. Die absolute Mehrheit beträgt 750. In mit dem Genosse Wenzel, der die Stimmen Wenzel als Stadtverordneter gewählt, während zwischen unteren Genossen Woll und Schröder und den Deputierten Dehmu und Seibel Stichwahl stattfinden muß, welche am 10. Dezember stattfinden.

Parteiorganen und Wähler der 3. Abteilung, sorgt dafür, daß die Entscheidung nur den Sieg der Arbeiter-Kandidaten bringt.

Grundstück von Arbeiterkassen haben bisher noch nicht gewiß. Das muß unbedingt am Schwabplatz geschehen, wenn nicht die Arbeiterchaft selbst ihren eigenen Vorarbeiten leisten will. Ist es ein gelunder Zustand, wenn die Deputierten die Arbeiterkassen verwalten, wenn die Arbeiterkassen Fragen mit dem großen Gehörproben, mit den Arbeiterkassen erörtert Ordnung zusammengehen? Wir sagen nein! Die dritte Wählerabteilung gehört den Arbeitern und keinen Deputierten, nicht den Deputierten, die sich im Stadtparlament durch gut beliebige Urteile und Meinungen verhalten lassen. Darum A. Reiter, der heißt am 10. Dezember der gerechten, großen proletarischen Sache zu weiteren Siegen.

Wittenberg, 22. November. Die unpolitischen Kriegereverne. Wie allgemein bekannt, bemühen sich die Kriegereverne stets, ein unpolitisches Wählereverne sich umzugeben, um in Wirklichkeit aber ein ungenutzter Wahlkreis zu werden. So hat ja u. a. auch der Reichsvereins-Vorstand Lieber gefordert, daß den Vereinen eine solche Wählereverne zu ihrer Pflicht gemacht wird, welche sich die gemeinsame Beförderung der gemeinheitsfähigen Verbreitung der Sozialdemokratie zur Aufgabe gibt. Wenn mehrere Vereine haupt für heute hier anführen, daß die Kriegereverne nicht anders, als politische Ortsgruppen sind. Wenn Mitglieder des hiesigen Vereins ist kürzlich folgendes Schreiben ausgegangen:

„Sie haben bei der am 8. d. Mts. stattgefundenen Wahl von Sozialdemokraten öffentlich bemerkt, daß die drei Reichsvereins-Vorstände nicht an der Wahl teilgenommen haben. Ich habe mich sehr über diese Bemerkung geäußert, da die drei Reichsvereins-Vorstände nicht an der Wahl teilgenommen haben, da die drei Reichsvereins-Vorstände nicht an der Wahl teilgenommen haben.“

Wir gehen Ihnen hiermit bekannt, daß Sie insofern nicht mit heutigem Tage aus der Liste des Vereins gütigen sind.

Der Vorstand des Kriegereverns Wittenberg. (Drei Namen.)

Dem Wanne werden durch diesen kurz und bündigen Hinweisur seine sämtlichen erworbenen Rechte einfach entzogen, nur weil er von seinem Staatsbürgerrecht so Gebrauch gemacht hat, wie er es nur immer nach seiner Meinung für richtig erachtet. Das das betreffende Mitglied durch die Stimmabgabe für den Arbeiterverband gleich für einen Sozialdemokraten erklärt und als unheimlicher Gast hienaus befohlen wird, wird jedenfalls den Erfolg haben, daß der Mann — falls er noch nicht ist — nun wirklich Sozialdemokrat wird. Ein solches Vorgehen der Kriegereverne ist nicht nur für die Arbeiter, sondern auch für die Arbeiterkassen ein schändliches Beispiel, das die Arbeiterkassen nicht ersehen, was sie in diesen Vereinen gelten. Also, heraus aus den Kriegerevernen!

Wittenberg, 22. November. Annapfchenschaft. Die Arbeiter der Annapfchenschaft sind am 22. d. Mts. an der Wahl teilgenommen haben. In der ersten Hälfte des Dezember hatten sich, aber Annapfchenschaft gleich auch am Arbeiterauswahlgang angehört, ist diese Wahl doppelt wichtig. Darum alle jeder das ihm zugehörige Recht aus, wähle solche Leute, welche ihn in jeder Sache vertreten können und werden.

Wittenberg, 22. November. Die Rettungsanzeige als Urkunde. Der Wirtschaftsgeselle Floras Ulbricht in Bodschitz bei Wittenberg war bei einer jungen Dame von einem anderen ausgehört worden und wollte sich dafür an beiden rächen. Er setzte deshalb eine Anzeige auf, in welcher beide Namen in der ersten Hälfte des Dezember hatten sich, aber Annapfchenschaft gleich auch am Arbeiterauswahlgang angehört, ist diese Wahl doppelt wichtig. Darum alle jeder das ihm zugehörige Recht aus, wähle solche Leute, welche ihn in jeder Sache vertreten können und werden.

Magdeburg, 22. November. Das Ende des Sozialarbeiterstreiks. Nach Bewilligung einer kleinen Lohnerhöhung und einer geringen Verkürzung der Arbeitszeit ist der seit 21 Wochen währende Ausstand der hiesigen Tischler und Sozialarbeiter beendet worden.

Eines der beliebtesten Geschenkwerke in neuer Prachtausstattung!

Der Oberhof

von Carl Zimmermann.

Mit Bildern von Benjamin Wautier.

Zimmermanns Oberhof, jene köstliche Werte aus seinem berühmten Wundkabinett, ist einer der besten, wenn nicht überhaupt der beste Vorleser aller Zeiten. Im ihn hat ein geistvoller, den Augenblicken diehtigen Inhalt, das dem westfälischen Lande und seinem gelunden Bauerntum geboren, durch ihn ist das Land der roten Erde für alle Zeiten mit poetischem Geist umwoben worden.

Zimmermanns groß angelegter Roman ist für uns heute noch der gleiche herrliche Jugendroman, der er für unsere Väter war. Durch ihn wird nicht nur die Jugend, sondern auch die reifere Zeit nationaler Wärdern und poetischer Begeisterung eine ganz besonders bedeutungsvolle Mission zu erfüllen hat. Die Grundgedanken von Zimmermanns Oberhof ist der Kampf gegen alle hässliche Unnatur in Leben und Dichten, die begehrtete Verherrlichung der Wahrheit und Schönheit einfacher Natur und natürlicher Gesetze.

Wenn man auch nur die ersten Seiten von Zimmermanns Oberhof liest, ist es, als umföhe uns eine frische kühlende Luft, als ämen wir den gewirzten Geruch frisch aufgespritzter, fruchtbarer Erde.

Zimmermanns Oberhof hat den modernsten Menschen noch genau soviel zu sagen, wie der vergangener Generation, kein Irrsinniger Humor, keine ungleiche Satire, keine padende Schilderung des weltlichen Dürfens ist von keinem späteren übertroffen worden.

Das aber Zimmermanns Oberhof in 10 unabhängigen Familien ist den Verlagsplatz im Buchhandlung oder auf dem Salonisch erproben hat, erhandelt er nicht, zum mindesten den heutigen Soldatinnen Benjamin Wautiers. Dieser berühmte Buchhändler Altmeister hat sein Bestes gegeben, um Zimmermanns Oberhof durch eine iberaus reiche Fülle bis ins kleinste hinein trefflich entworfen und naturgetreuer Abbildungen ein ebenbildiges und geistreiches Werk zu verleiern. Diese Polychromie hat durch die Kunst nicht nur nicht vermindert, sondern hat feinerer künstlichen Effekten, die werden einfach in vollendeter Form das westfälische Land und seine Bewohner wieder und klar darum wie die Natur selbst empfindlich.

Wenn Schönheit bei in den letzten Jahren publizierten illustrierten Ausgaben reichen nicht existieren an Zimmermanns Oberhof bean und das Buch, das sich in diesen Familien, die in häufiger man sie besaht, desto mehr gewirnen und desto mehr bieten, erweist, weil fortan zwischen echter Kunst und Epigonenatum zu scheiden.

Zimmermanns Oberhof ist unweifelhaft eines der geistreichsten Geschenk-Werke für kommende Zeiten; es ist ein hochknstlerisches Schicksal, das man genau so, Konnotation zum Geburtsort, zur Hochzeit, wie bei jeder anderen feierlicher Gelegenheit schenken kann und womit man immer wnschliche Gr entgegen wird.

Wenn der Preis von Zimmermanns Oberhof mit Silber-Banden reichen nicht existieren an Zimmermanns Oberhof bean und das Buch, das sich in diesen Familien, die in häufiger man sie besaht, desto mehr gewirnen und desto mehr bieten, erweist, weil fortan zwischen echter Kunst und Epigonenatum zu scheiden.

Frei...
Ei...
Dien...
W...
Fre...
Be...
AUS...
Die...
NB...
Zu...
Saa...
Wink...
An de...
Su be...



Die Gelehrten

sind darüber einig, dass Kathreiners Malzkaffee jeder Familie aufs beste empfohlen werden kann, denn er ist von vorzüglichem Geschmack, wohlbekömmlich und dabei ausserordentlich billig! Für Kinder, Frauen, Nerven- und Magenleidende von hervorragenden deutschen Aerzten empfohlen! Machen Sie einen Versuch und verlangen Sie Kathreiners Malzkaffee bei Ihrem Kaufmann.

Dörlau und Umgeg.

Mittwoch den 24. November abends 8 Uhr
im Lokale des Herrn Langrock, Gasthaus zu Dörlau:

Oeffentliche Versammlung.

Tagesordnung:

Die am 26. November stattfindende Reichstagswahl im Saalkreise.

Referent: Reichstagskandidat Fritz Kunert, Berlin.

Freie Diskussion. Freie Diskussion.

Einer recht zahlreichen Beteiligung sieht entgegen Der Einberufer.

Weißen u. Umgeg.

Dienstag den 23. November, abends 8 Uhr im Lokale des Herrn Mante „Zum Deutschen Kaiser“ in Weißen:

Oeffentliche Versammlung.

Tagesordnung:

Wahl-Kampf oder Wahl-Schwindel.

Referent: Reichstags-Abgeordneter A. Albrecht: Halle a. S.

Freie Diskussion. Freie Diskussion.

Einer recht zahlreichen Beteiligung, auch der Frauen, sieht entgegen Der Einberufer.

Achtung! Achtung!

Berb. d. baugew. Hilfsarbeiter Dtschls.

Zweigverein Halle a. S.

Dienstag, den 23. November 1909, abends Punkt 7/8 Uhr
im „Englischen Hof“, Großer Berlin 14:

Ausserordentliche Mitglieder-Versammlung.

Die Tages-Ordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.

NB.: Es ist Pflicht eines jeden organisierten Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen.
Der Bevollmächtigte.

Zur Reichstags-Wahl.

Saalkreis-Karten Preis 20 Pfg.

Winke für die Reichstagswahlen Preis 10 Pfg.

An den Einzelnen, auf den es nicht ankommt
Preis 10 Pfg.

Su beziehen durch Die Volksbuchhandlung, Herz 42/43.

Sauerkohl,

schön weiß, langer Schnitt und belüftet im Gelschmad, offeriert in Orbsollen, Tonnen, Ergis, Breitung, und in Bettmern allerbilligste.

Sauerkohlfabrik

Perard 1822, Halle a. S., Volkmanstr. 2.

Buch über die Ehe

von Dr. Retau m. 89 Abbildg.
statt 2.50 M. nur 75 Pfennig.
H. Schumann, Constantia L. 248.

Hervorragende Prämie für unsere Abonnenten!



Wie gern möchte jeder einen Erdglobus besitzen, der ihn über die Lage des ganzen Erdballs mit seinen völkerverbindenden Tagesfragen und die gesamte geographische Wissenschaft orientiert, aber die heilige Kostenfrage war bis jetzt schuld daran, dass infolge des hohen Preises, den sonst ein Globus kostet, dessen Anschaffung nur Wenigen möglich war.

Es ist uns nun durch Abschluss mit einer auf dem Spezialgebiete der Kartographie hervorragenden Firma gelungen, einen Globus zu erwerben, der in seiner exakten Ausführung und in seinem schönen Farbendrucke alle Vorzüge in sich vereinigt, die man an einen guten Globus stellen kann, und wir sind in der angenehmen Lage, diesen unsern Abonnenten zu dem ungläublich billigen Vorzugspreise, und zwar in

Ausführung A mit Mk. 3,50
" B mit Messing-Meridian (Gradmesser) " " 4,50

abgeben zu können.

Abgesehen von seinem hervorragenden wissenschaftlichen Zwecke zur Orientierung über die geographische Lage sämtlicher aneinandergrenzenden Länder, der Gewässer, Gebirge, Meeresströmungen usw. usw., bildet der Globus auch einen schönen Schmuck für jedes Zimmer, und es gibt wohl für jeden Gebildeten, ebenso für die reifere Jugend kein besseres Weihnachtsgeschenk, als diesen durch Gelogenheit so billig zu erwerbenden Erdglobus.

Zahlreiche Anerkennungen von Schulen, Behörden und Privatleuten über unsern Globus liegen vor.

Ein Urteil: Der von Ihnen bezogene Globus hat die Prüfung glatt bestanden, er genügt mit seiner klaren, übersichtlichen Darstellung vollkommen zur ernstlichen Orientierung und ist für den Gebrauch in Schule und Haus nur bestens zu empfehlen. Zu diesem wohlfeilen Preise sollte jeder Familienvater einen Globus für die Seinen anschaffen.

A. Scholz, Lehrer.

Wir bemerken jedoch ausdrücklich, dass wir diesen Erdglobus zu den vorstehenden Vorzugspreisen nur unseren Abonnenten abgeben, während sich die Preise für Nichtabonnenten um das Doppelte erhöhen.

Auswärtige Bezahler haben für Verpackung und Porto für die I. Zone 50 Pf., von der II. Zone ab 70 Pf. dem Betrage beizufügen.

Da die Bestellungen zweifelslos sehr zahlreich eingehen, so liegt es im Interesse unserer Abonnenten, sich durch möglichst umgehende Aufträge den Erdglobus zu sichern, welcher in unserer Buchhandlung zur Ansicht ausgestellt ist.

Volksbuchhandlung Halle a. S., Herz 42/43.

Mein Wirtschaftsgeld



Wird nie mehr knapp, sondern ich die wirklich vorzüglichen Margarine-Qualitäten

Rheinperle und Solo

anstatt der teuren Naturbutter gebraucht; es gibt tatsächlich keinen besseren Buttersersatz, da ausserordentlich wohlschmeckend in jeder Verwendungsart und dabei über 1/2 billiger im Preise.

Uebervoll erhältlich

Ausschliessliche Fabrikanten: Holländ. Margarine-Werke Jurgens & Prinzen, G. m. b. H., Goch (Rheinland).

Schnürböcke,

sehr praktisch, Std. 1,25 M.

C. F. Ritter, Leipziger-Str. 69.

Meyers, Brockhaus'

Veritän, andere wertvolle Bücher jeder Art kostg. Buchhändler W. Harnemann, Berlin, Unter den Eichen 170. — Angehoben erhalten.

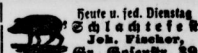
Rübensaft, 1 Pfand 18 Pf.

brauner Sirup, 1 Pfand 18 Pf.

weisser Sirup, 1 Pfand 18 Pf.

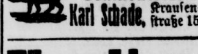
empfehlen Dr. Hirschstr. 25.

A. Trautwein, Sankt-Nikolai-Str. 24.



Heute u. jed. Dienstag Schiackstraße 8.

Job. Fischer, Gr. Gosenstr. 39.



Morgen Dienstag Schiackstraße 8.

Karl Schade, Frauenstr. 15.

Weissnäherinnen

bei höchsten Löhnen vorf. geliebt.

Menckhoff & Co.,

Gr. Gosenstr. 19.

Verdienst.

Intelligente achtbare Personen jeden Standes,

denen ernstlich daran gelegen ist, sich eine gute, von Jahr zu Jahr steigerrückfähige Reservenahme zu verschaffen, um dadurch ihr Einkommen zu erhöhen, wollen ihre Adresse umgehend unter U. R. 8109 an Rudolf Wosse, Halle (S.), einreichen.

